

International

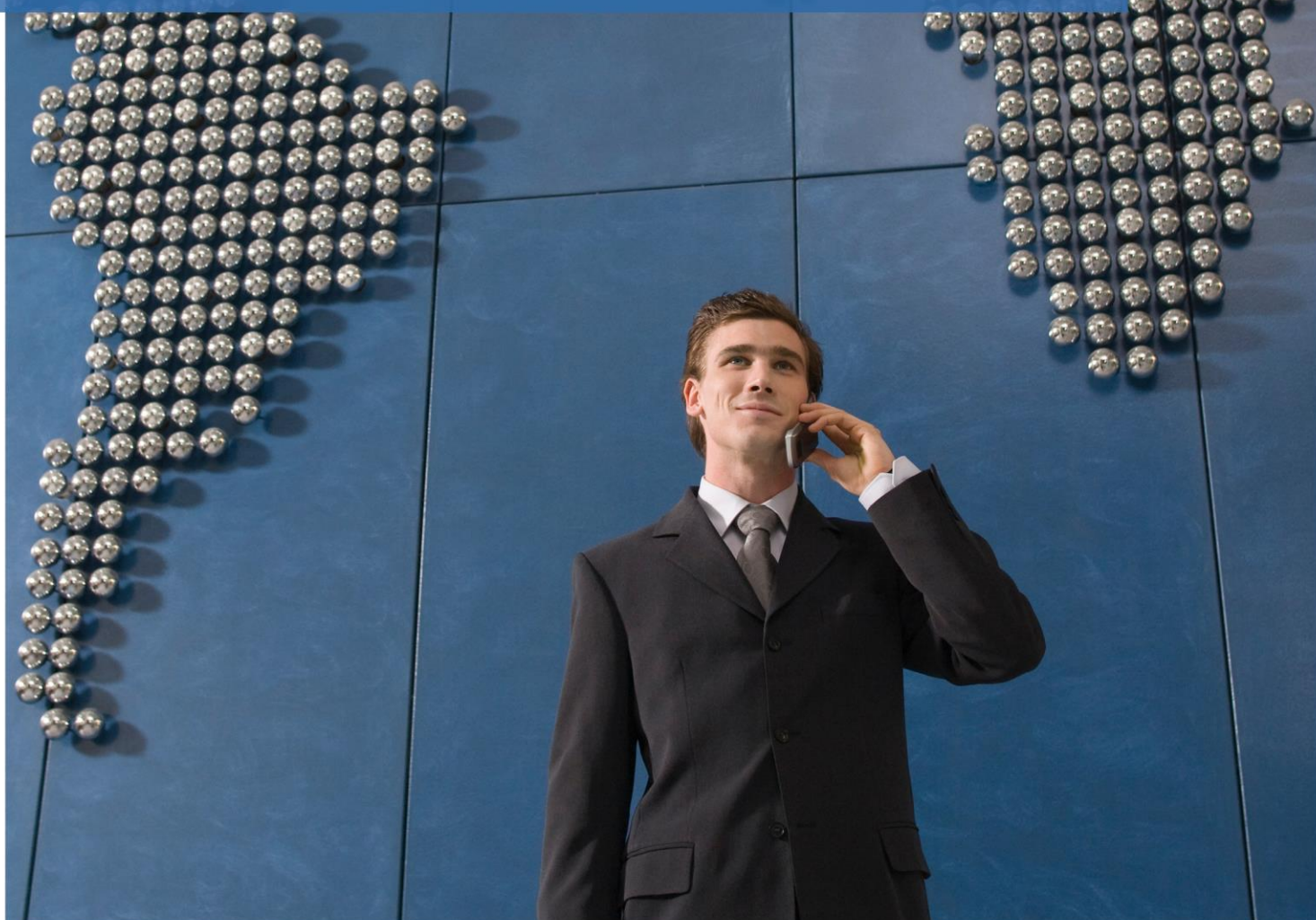
Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bayern, Deutschland und China

Studie
Stand: Juli 2020

Eine vbw Studie, erstellt von der Prognos AG

Die bayerische Wirtschaft

vbw



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Chancen und Risiken der Wirtschaftsbeziehungen mit China fair gestalten

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Bayern sowie Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren intensiviert. In Europa ist Deutschland heute der wichtigste Exportmarkt und das wichtigste Lieferland für China. Die Volksrepublik ist gleichzeitig Partner und Wettbewerber Deutschlands und Bayerns. Das erfordert eine balancierte, strategische Vorgehensweise bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Die angestrebten fairen und gleichen Wettbewerbsbedingungen, das sogenannte Level-Playing-Field, sind leider nicht erreicht. Es bestehen teils erhebliche Hindernisse und rechtliche Unsicherheiten, vor allem bei deutschen Direktinvestitionen in China. Die chinesischen Investitionsflüsse nach Deutschland entwickelten sich seit dem Jahr 2000 sehr dynamisch. Inzwischen nimmt bei uns die Skepsis gegenüber chinesischen Direktinvestitionen zu. In sensiblen Bereichen sollen Übernahmen deutlich erschwert werden.

Abschotten ist aber nicht die Lösung. Wir müssen uns weltweit für offene Märkte und wirtschaftliche Gleichbehandlung einsetzen und dafür eintreten, dass die Chancen der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen fair und zukunftsgerichtet realisiert werden können.

In der vorliegenden Studie werden die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Beziehungen zwischen China und Bayern sowie Deutschland erläutert, Daten zur Entwicklung der vergangenen Jahre analysiert und die Chancen und Risiken beider Länder diskutiert.

Bertram Brossardt
21. Juli 2020

Inhalt

1	Hintergrund	1
2	Rahmenbedingungen für Investitionen	3
	Investitionsbedingungen in China	4
	Investitionsbedingungen in Deutschland	7
3	Bayerische und deutsche Direktinvestitionen in China	11
4	Chinesische Direktinvestitionen in Bayern und Deutschland	16
	Exkurs: Bezahlen Chinesen marktübliche Preise?	22
5	Außenhandel zwischen Deutschland, Bayern und China	24
6	Die „Neue Seidenstraße“	30
7	Gegenüberstellung der Chancen und Risiken	35
	Anhang	39
	Ansprechpartner / Impressum	49

1 Hintergrund

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu China entwickeln sich dynamisch. Das angestrebte „level playing field“ ist aber (noch) keine Realität.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen China auf der einen sowie Bayern und Deutschland auf der anderen Seite haben sich in den vergangenen Jahren erheblich intensiviert. So legte etwa die bayerische Ausfuhr nach China zwischen 2008 und 2018 von 6,7 Mrd. Euro auf 16,9 Mrd. Euro zu. Der Güterhandel ist allerdings nur eine Ausprägung der deutlich enger gewordenen ökonomischen Austauschbeziehungen. Aufschlussreich sind insbesondere die Entwicklungen der ausländischen Direktinvestitionen (FDI). Mithilfe von FDI errichten Unternehmen in anderen Ländern Produktionsstandorte, Vertriebsgesellschaften oder beteiligen sich an dort ansässigen Firmen.

Über lange Jahre war China vor allem Empfängerland ausländischer Direktinvestitionen. Auch bayerische und deutsche Unternehmen investierten kräftig. In Asien bildet China mit einem Bestand von 23 Mrd. Euro (oder einem Anteil von 9 Prozent) das wichtigste Ziel bayerischer Direktinvestitionen. Der Anteil Chinas an den gesamtdeutschen FDI-Beständen liegt bei lediglich knapp 7 Prozent. China liegt damit als bayerisches Investitionsziel an zweiter Stelle. Nur in den Vereinigten Staaten haben bayerische Unternehmen noch mehr investiert.

Seit einigen Jahren gehören chinesische Unternehmen selbst zu den wichtigsten Investoren weltweit. Auch die chinesischen FDI-Flüsse nach Deutschland legten sehr dynamisch zu. Bayern und Deutschland stehen zudem – als hochentwickelte Volkswirtschaften, die über zukunftssträchtige Schlüsseltechnologien verfügen – im Fokus der Going-Global-Strategie, mit der die chinesische Regierung FDI chinesischer Unternehmen fördert.

Die Zahlen zeigen, dass sich die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen Bayerns und Deutschlands mit China über viele Jahre sehr positiv entwickelt haben. An diesem Gesamtbild ändert auch die Abschwächung der Dynamik in der jüngeren Vergangenheit nichts. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass insbesondere die ausländischen Direktinvestitionen in China nach wie vor mit teils erheblichen Hindernissen und rechtlichen Unsicherheiten verbunden sind. Dies sind etwa Investitionsverbote in bestimmten Branchen, Beteiligungsobergrenzen, der Zwang zu Gemeinschaftsunternehmen oder auferlegte Technologietransfers. Im Januar 2020 trat in China das neue Foreign Investment Law (FIL) in Kraft und ersetzte die bisherigen Bestimmungen. Das Gesetz hat zum Ziel, erstmals ein für alle Investitionsvehikel einheitliches Gesetz in China zu schaffen und somit den chinesischen Markt für ausländische Investoren attraktiver und transparenter zu machen. Umgekehrt nimmt im Westen die Skepsis gegenüber chinesischen Direktinvestitionen zu. Sie werden strikter überwacht und geprüft als früher, u. a. aus Sorge vor Technologieabfluss. In Deutschland können auf Grundlage der angepassten Außenwirtschaftsverordnung nun außereuropäische Direktinvestitionen einfacher beschränkt werden.

Hintergrund

Verhandlungen zwischen der EU und China über eine Investitionsvereinbarung gelten als festgefahren.

Derzeit veranschaulicht die globale Corona-Pandemie und die damit verbundene massive Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit in zahlreichen Ländern die Verletzlichkeit der globalen Liefer- und Produktionsverflechtungen. Es ist davon auszugehen, dass die gegenwärtige Krise auch dauerhaft die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsnetzwerke zwischen chinesischen und bayerischen Unternehmen – und damit auch die Investitions- und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern – ein Stück weit verändert.

Vor diesem Hintergrund gibt die Studie einen Überblick über die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen in China sowie von chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland. Zudem werden möglichst bundesland- und branchenspezifische Daten zur Entwicklung der bilateralen Direktinvestitionen sowie des bilateralen Handels in den vergangenen Jahren analysiert. Abschließend werden mögliche Chancen und Risiken chinesischer Direktinvestitionen für den Standort Bayern diskutiert.

2 Rahmenbedingungen für Investitionen

China öffnet sich für ausländische Direktinvestitionen, bleibt aber ein stark regulierter und von Staatsunternehmen dominierter Markt.

Die Rahmenbedingungen für Direktinvestitionen in China sind weniger transparent als in den entwickelten Volkswirtschaften Europas oder Nordamerikas. Während Deutschland gegenüber chinesischen Auslandsinvestitionen eine hohe Offenheit an den Tag legt, sind deutschen Investitionen in China häufig Grenzen gesetzt. Das von beiden Seiten offiziell proklamierte Ziel eines „level playing fields“, also möglichst ähnlichen Zugangsbedingungen zum Markt des jeweiligen Partners, ist trotz verschiedener Ankündigungen und Neuerungen bis heute keine Realität.

Vor den chinesischen Reformen der letzten Jahre war der Zugang für ausländische Direktinvestitionen in China stark eingeschränkt. Zwar lockte China Unternehmen bestimmter Branchen mit Steuererleichterungen, die auch weiterhin gelten. Bis Oktober 2016 mussten aber alle Investitionen ausländischer Unternehmen von Behörden genehmigt werden. Dazu regulierte ein sehr detaillierter Investitionskatalog, in welchen Bereichen ausländische Investoren nicht oder nur beschränkt aktiv werden durften. Unternehmen, die in eingeschränkte Bereiche in China investieren wollten, mussten sich etwa zu Technologietransfers verpflichten oder an Obergrenzen für ausländisches Eigenkapital halten (AHK Greater China, 2019). Grundsätzlich waren Unternehmen dem Risiko ausgesetzt, dass schnelle Änderungen und eine von Fall zu Fall unterschiedliche Anwendung von Gesetzen und Regulierungen ihre Investition bedrohten.

Diskriminierende Praktiken gegenüber ausländischen Firmen haben in den letzten Jahren abgenommen. Dennoch gaben in einer Umfrage der Europäischen Handelskammer in Peking unter europäischen Unternehmen in China im Jahr 2019 immer noch 45 Prozent der befragten Firmen an, dass Unternehmen mit ausländischen Investoren Nachteile gegenüber chinesischen Firmen haben (European Union Chamber of Commerce in China, 2019a). Der Hauptgrund sind bestehende Marktzugangsbeschränkungen. Ein weiterer Grund ist die Vormachtstellung von Staatsunternehmen in China, die häufig Vorteile wie die schnellere Genehmigung von notwendigen Zulassungen genießen.

Durch die Reformen der letzten Jahre wurde der Rahmen für ausländische Direktinvestitionen in China neu aufgestellt. Er umfasst drei Säulen: die „Negativlisten“, das Gesetz über ausländische Investitionen (Foreign Investment Law, FIL) und das Corporate Social Credit System (Corporate SCS). Jede dieser Säulen ist mit Vor- und Nachteilen verbunden. Insgesamt führen sie jedoch zu einer größeren Offenheit Chinas für ausländische Direktinvestitionen. Dennoch bleiben Hürden und Rechtsunsicherheiten bestehen.

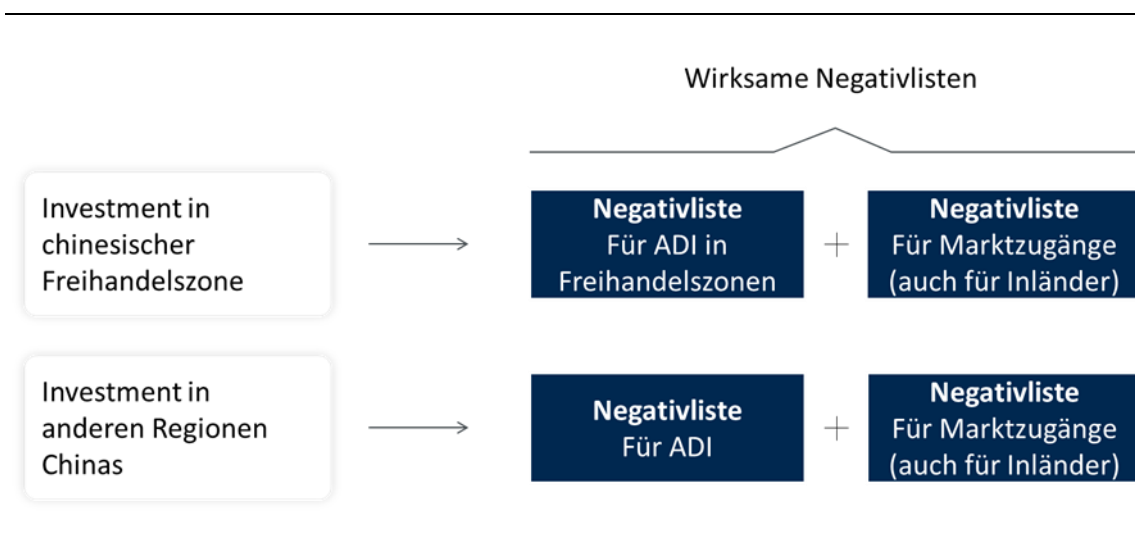
Investitionsbedingungen in China

Der erste regulatorische Rahmen für ausländische Direktinvestitionen in China sind die sogenannten Negativlisten. Sie wurden im Jahr 2016 eingeführt und ersetzen die Investitionslenkungskataloge. In einigen Bereichen untersagen die Negativlisten Investitionen, etwa in der Agrarwirtschaft. In anderen Bereichen müssen Unternehmen festgelegte Voraussetzungen erfüllen oder bei Behörden eine Erlaubnis beantragen. Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, können Eigenkapitalobergrenzen oder eine rechtliche Vertretung durch Chinesen sein. Investitionen in Bereichen, die nicht in den Negativlisten erwähnt werden, sind grundsätzlich erlaubt (GTAI, 2019a).

Für ausländische Unternehmen gelten insgesamt drei Negativlisten: Die Negativliste für ausländische Direktinvestitionen, die Negativliste für ausländische Direktinvestitionen in Freihandelszonen sowie die Negativliste für Marktzugänge. Abhängig von der Region, in der die Investition stattfinden soll, gelten jeweils zwei Listen (Abbildung 1). Freihandelszonen umfassen verschiedene Provinzen und Städte wie Shenzhen und Shanghai, die vorrangig an der Küste Chinas liegen und vereinfachte Marktzugangsbedingungen bieten.

Abbildung 1

Negativlisten für FDI in China



In der Regel greift die Negativliste für ausländische Direktinvestitionen. Nach der Revision im Juni 2020 beinhaltet diese Liste 33 Bereiche, in denen nicht oder nur unter Voraussetzungen investiert werden darf. Die gesonderte Negativliste für ausländische Direktinvestitionen in Freihandelszonen unterscheidet sich kaum von der allgemeinen Liste und umfasst 30 Bereiche, in die nicht oder nur unter Voraussetzungen investiert werden darf.

Neben einer dieser beiden Listen muss zudem die Negativliste für Marktzugänge beachtet werden. Diese gilt sowohl für chinesische und für ausländische Investoren und ist die umfangreichste Liste. Sie umfasst über 130 regulierte Bereiche. Zuletzt wurde die Liste im

Herbst 2019 geändert, insbesondere der Sektorservice wurde weiter liberalisiert (Zhang, 2019).

Die wichtigste Neuerung der Negativlisten im Vergleich zu den Investitionslenkungskatalogen ist, dass ausländische und chinesische Investitionen in den meisten Fällen gleichbehandelt werden. Nur in den von der chinesischen Regierung als kritisch eingestuften Bereichen, müssen ausländische Direktinvestitionen eine zusätzliche Hürde wie eine Joint-Venture-Beteiligung chinesischer Firmen passieren oder können nicht durchgeführt werden.

Als zweiter regulatorischer Rahmen trat im Januar 2020 das FIL in Kraft. Das FIL soll die Rechtssicherheit für ausländische Direktinvestitionen verbessern und ausländischen Investoren den Zugang zum chinesischen Markt erleichtern. Das FIL, das sechs Kapitel mit 42 Artikeln umfasst, gilt nicht für Hongkong und Macau. Bis zum 31. Dezember 2024 besteht eine Übergangsfrist, damit Unternehmen ihren institutionellen Rahmen an die Regelungen anpassen können. Mit der Einführung wurden drei Gesetze¹ abgeschafft, die ausländische Direktinvestitionen seit den 1980ern reguliert haben (GTAI, 2019a).

Durch das FIL werden Unternehmensgeheimnisse und geistiges Eigentum von Unternehmen mit ausländischen Investoren geschützt. Der Zwang zu Joint Ventures oder zu Technologietransfers ist aufgehoben. Ausländische Unternehmen sollen künftig an chinesischen Standards mitwirken und bei staatlichen Ausschreibungen chinesischen Unternehmen gleichgestellt sein. Der Einfluss von regionalen Verwaltungen auf Investitionsziele soll eingeschränkt werden. Ausländische Investoren erhalten die Möglichkeit, sich über das Verhalten von Behörden oder deren Angestellten zu beschweren (van Ostende, 2019).

Obwohl das FIL den Rahmen für ausländische Direktinvestitionen in China verbessert, geht es an manchen Stellen nicht weit genug, um ein level playing field zu erreichen. So bleibt ein legaler Unterschied zwischen ausländischen und chinesischen Unternehmen bestehen. Für vergleichbare Zugangsbedingungen zum Markt in Deutschland und China ist die Abschaffung dieser Unterscheidung notwendig, da sie beispielsweise Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge haben kann (European Union Chamber of Commerce in China, 2019b). Zudem wird bemängelt, dass das FIL häufig nur sehr allgemeine Regeln beinhaltet. Detailliertere Regeln würden insbesondere für ausländische Unternehmen ein Mehr an Transparenz bedeuten und die Gefahr einer willkürlichen Auslegung der Regeln vor Ort verringern.

Der dritte regulatorische Rahmen für ausländische Direktinvestitionen ist das Corporate Social Credit System (Corporate SCS). Dieses soll als staatliches Steuerungsinstrument für das Verhalten von Unternehmen fungieren. Das System hat umfassende Konsequenzen für in China agierende Unternehmen, so dass Investoren mit dem System vertraut sein müssen.

¹ Abgeschafft wurden das Chinese-Foreign Equity Joint Ventures Law, das Wholly Foreign-Owned Enterprises Law und das Chinese-Foreign Contractual Joint Ventures Law.

Unter dem Corporate SCS werden alle Unternehmen, die in China agieren, in verschiedenen Kategorien bewertet. Für jede Kategorie definiert der chinesische Staat mehrere Anforderungen. Die aus diesen Anforderungen zusammengestellten „Ratings“ bestimmen für jedes Unternehmen, ob es vom chinesischen Staat als „vertrauenswürdig“ angesehen wird. Eine gute Bewertung führt zu Vorteilen für das Unternehmen, eine schlechte Bewertung hingegen zu Nachteilen. Diese können von Geldstrafen bis hin zum Marktausschluss reichen. Auch verantwortliche Personen können bei negativen Ratings für das Unternehmen persönliche Nachteile erleiden. Wird ein Unternehmen in mehreren Kategorien negativ bewertet, erfährt es größere Einschränkungen.

Die Implementierung des Corporate SCS begann 2014 und soll im Jahr 2020 abgeschlossen werden. Von 2014 bis 2018 wurden die Mechanismen in Pilotprojekten getestet. Das System soll kontinuierlich weiterentwickelt werden und sich so an die sich ändernden wirtschaftlichen und politischen Ziele der chinesischen Staatsführung anpassen können.

Die genauen Algorithmen, mit denen das Corporate SCS die Unternehmen auf der Grundlage der Anforderungen bewertet, sind nicht bekannt. Kleine und mittelständische Unternehmen werden in weniger Kategorien bewertet als Großunternehmen. In China aktive ausländische Großunternehmen werden in ungefähr 30 Kategorien auf der Grundlage von etwa 300 Anforderungen bewertet (European Union Chamber of Commerce in China, 2019c). Anforderungen reichen von pünktlichen Steuerzahlungen über die Einhaltung des nationalen Werberechts bis hin zur Beachtung regionaler Umweltauflagen. Da das Corporate SCS regelmäßig verändert wird, müssen Unternehmen die Änderungen verfolgen, um die Anforderungen kontinuierlich zu erfüllen.

Durch die Intransparenz der Bewertungen und die jederzeit zu erwartenden Änderungen des Corporate SCS erhöht das System die Unsicherheit für in China agierende Unternehmen. Dazu kommt der Aufwand, die bürokratischen Auflagen zu erfüllen und gegebenenfalls Fehler und falsche Negativratings im Corporate SCS aufzuspüren und beheben zu lassen. Insbesondere KMU könnten durch das System benachteiligt werden. Neben diesen negativen Effekten hat das System aber auch Vorteile, beispielsweise indem Vorschriften zu Umweltstandards konsequent durchgesetzt werden. Auf diese Weise kann mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen ausländischen und chinesischen Unternehmen entstehen (Schmitt, 2019).

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass China seine Investitionsbedingungen in den letzten Jahren deutlich verändert hat, um klarere und einfachere Regeln für ausländische Direktinvestitionen zu schaffen. Diese Änderungen haben Vor- und Nachteile (Abbildung 2), sind insgesamt aber ein Schritt in Richtung gleicher Zugangsbedingungen für Investitionen in Deutschland und China. Trotz des Abbaus von Hürden gibt jedoch ein Drittel der befragten europäischen Unternehmen in China an, dass wettbewerbliche Neutralität auf ihren Märkten nicht absehbar ist (European Union Chamber of Commerce in China, 2019a). Zwar haben die neuen Gesetze und Regelungen für die meisten ausländischen Unternehmen zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen geführt. Eine große Rolle bei der trotzdem nach wie vor häufig erlebten Ungleichbehandlung von ausländischen Unternehmen spielt, dass der gesetzliche Rahmen in der Geschäftspraxis

vor Ort oft situativ ausgelegt wird – ein Vorgehen, mit dem einheimische Unternehmen in der Regel besser umgehen können und somit tendenziell einen Vorteil genießen.

Abbildung 2

Vor- und Nachteile neuer Investmentregeln in China

Negativlisten	Foreign Investment Law	Corporate SCS
 Weniger Einschränkungen als ältere Regelungen Häufige Gleichbehandlung von In- und Ausländern	 Größere Rechtssicherheit für Unternehmen Genehmigungen werden durch Meldepflicht ersetzt	 Durchsetzung kann Wettbewerbsgleichheit erhöhen
 Hürden wie Joint Venture Zwang o. ä. bleiben unter Voraussetzungen bestehen	 Weiterhin Unterscheidung von in- und ausländischen Unternehmen Effektivität unklar	 Erhöht Unsicherheit Erhöht bürokratischen Aufwand Intransparentes Bewertungsverfahren

Investitionsbedingungen in Deutschland

Deutschland und die EU sind im Gegensatz zu China sehr offene Wirtschaftsräume. Ausländische Direktinvestitionen werden wenig reguliert. Dennoch hat etwa in Deutschland das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen eine Investitionsprüfung für ausländische Direktinvestitionen einzuleiten. Auch die EU hat im Jahr 2019 Kontrollmechanismen für ausländische Direktinvestitionen in strategischen Bereichen eingeführt.

Auf europäischer Ebene gibt es seit längerem Bestrebungen, die Investitionsbeziehungen zu China neu zu regeln. Im Jahr 2016 eröffneten die EU und China Verhandlungen über eine Investitionsvereinbarung. Daraus sollen vergleichbare Zugangsbedingungen zu den Märkten der beiden Parteien entstehen. Ob das im Rahmen der strategischen Ausrichtung Chinas und der im Vergleich zur Europäischen Union strengen Vorschriften für ausländische Direktinvestitionen möglich sein wird, ist unklar. Die Verhandlungen zwischen der EU und China über die Vereinbarung gelten als festgefahren.

Die 2019 von der Europäischen Union beschlossene Verordnung zur Prüfung ausländischer Direktinvestitionen tritt im Oktober 2020 in Kraft. Diese schafft Kooperationsmechanismen zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission. Auch mit der Verordnung besteht jedoch keine einheitliche europäische Regelung, so dass sich die

Prüfverfahren für ausländische Direktinvestitionen zwischen den Staaten der EU weiterhin unterscheiden (Grieger, 2019).

Auf deutscher Ebene unterliegen Direktinvestitionen, die nicht aus der EU stammen, unter Umständen einer Meldepflicht oder einer Prüfung durch das BMWi (Abbildung 3). Wenn Anzeichen für ein Umgehungsgeschäft vorliegen, die Direktinvestition also nur scheinbar aus der EU stammt, kann das BMWi unter bestimmten Voraussetzungen auch trotz der Herkunft aus der EU ein Prüfverfahren eröffnen. Gegen ausländische Direktinvestitionen in spezifische Bereiche (Kriegswaffen, Teile für Kriegsgeräte, IT mit Relevanz für die staatliche Sicherheit) kann ein Prüfverfahren eröffnet werden, selbst wenn diese aus der EU stammen. Rechtliche Grundlage für diese Prüfverfahren sind §§ 4 Abs. 1 Nr. 1, 5 Abs. 3, §§ 4 Abs. 1 Nr. 4, 5 Abs. 2 des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) sowie §§ 55 ff.-62 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV).

Sofern ein Unternehmen nicht den spezifischen Sektoren in Rüstung und IT oder einer sicherheitsrelevanten Infrastruktur angehört, besteht keine grundsätzliche Meldepflicht. Als sicherheitsrelevante Infrastruktur gelten etwa Wasserwerke oder Cloud-Computing-Dienste. Falls das BMWi Kenntnis von der Übernahme erlangt, hat es drei Monate Zeit, ein Prüfverfahren anzustreben. Wenn es sich dann zu einer Prüfung entschließt, darf diese nicht länger als vier Monate dauern.

Bei Direktinvestitionen in ein Unternehmen in einem spezifischen Sektor nach AWV § 60 Abs. 1 besteht Meldepflicht, falls die Schwelle von 10 Prozent der Anteile überschritten wird. Die Meldung eines sektorspezifischen Unternehmenskaufs muss vom BMWi innerhalb von drei Monaten nach Eingang der vollständigen Unterlagen bearbeitet werden. In diesem Zeitraum kann das BMWi ein Prüfverfahren eröffnen, das nicht länger als drei Monate dauern darf.

Abbildung 3

Prüfung ausländischer Direktinvestitionen in Deutschland

Sektorspezifische Investitionsprüfungen		Sektorübergreifende Investitionsprüfungen	
Rüstung und spezielle IT	Sicherheitsrelevante Infrastruktur	Weitere Unternehmen	
Betrifft alle ausländischen Investitionen	Betrifft nur außer-europäische Investitionen		
Investitionsschwelle für Prüfungen: 10 % der Anteile		Investitionsschwelle: 25 % der Anteile	
Meldepflicht seitens des Investors		Keine Meldepflicht	

Eigene Darstellung Prognos AG

Die Zunahme chinesischer Übernahmen von deutschen Firmen wird in der Öffentlichkeit mit mehr Sorge betrachtet als früher. Auch im Zuge des aktuellen wirtschaftlichen Einbruchs durch die Corona-Krise wird befürchtet, dass wirtschaftlich geschwächte deutsche Unternehmen anfälliger für Übernahmen werden. Befürchtet werden vor allem ein chinesischer Einfluss auf die deutsche Wirtschaftspolitik und der Abfluss von Arbeitsplätzen und Know-how nach China (Jungbluth, 2016). Mit der Investitionsprüfung steht der Politik das Werkzeug zur Verfügung, Übernahmen in strategisch wichtigen Bereichen einzuschränken.

In den letzten Jahren wurden die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen aus Drittstaaten und somit auch aus China verschärft. So wurde die Prüfschwelle bei Unternehmenskäufen in sicherheits- und verteidigungsrelevanten Bereichen im Jahr 2018 von 25 Prozent auf 10 Prozent herabgesetzt und entspricht jetzt der Schwelle für sektorspezifische Käufe. Medienunternehmen, die in der Breite zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen, wurden aufgenommen. In der Änderung von 2020 wurden als Reaktion auf die Corona-Krise zudem Hersteller von Impfstoffen, Antibiotika, medizinischer Schutzausrüstung und von Medizinprodukten zur Behandlung lebensbedrohlicher und hochansteckender Infektionskrankheiten als sicherheitsrelevante Unternehmen eingestuft. Statt

einer tatsächlichen Gefährdung ist nun eine voraussichtliche Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausreichend, um ein Prüfverfahren anzustreben.

Der Bundesverband der deutschen Industrie befürwortet die bestehende Offenheit Deutschlands und warnt davor, ausländische Direktinvestitionen verstärkt zu begrenzen (BDI, 2019). Stattdessen sollte auf einen vergleichbaren Marktzugang zu beiden Märkten hingearbeitet werden. Grundsätzlich ist zu erwarten, dass Deutschland auch künftig eine vergleichsweise große Offenheit für ausländische Direktinvestitionen – auch aus China – beibehält.

Ein „level playing field“ zwischen deutschen Investoren in China und chinesischen Investoren in Deutschland ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Zwar hat sich die chinesische Wirtschaft durch die Maßnahmen der letzten Jahre für ausländische Direktinvestitionen stärker geöffnet. Diese bewirken einen besseren Schutz vor behördlicher Willkür und eine langsame Angleichung der Rahmenbedingungen für ausländische und inländische Unternehmen. Im Verhältnis zu deutschen Einschränkungen ausländischer Direktinvestitionen bleiben aber deutlich strengere Einschränkungen für viele Marktbereiche bestehen.

3 Bayerische und deutsche Direktinvestitionen in China

Bayerische Unternehmen investieren im gesamtdeutschen Vergleich überdurchschnittlich viel in China.

Bayerische Unternehmen sind häufig hochgradig internationalisiert. Das zeigt sich in verschiedenen Ausprägungen, etwa im Hinblick auf die hohe und in den vergangenen Jahren spürbar gestiegene Bedeutung des Auslandsgeschäfts oder des steigenden Anteils an ausländischen Vorleistungsgütern am Produktionswert der hier produzierten Waren und Dienstleistungen. An der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen lässt sich darüber hinaus ablesen, dass viele bayerische Unternehmen ihre Internationalisierung vorangetrieben haben, indem sie im Ausland Produktionsstandorte aufbauten, Vertriebsgesellschaften gründeten oder sich an dort ansässigen Firmen beteiligten.

Weltweit war der Freistaat im Jahr 2017 für Direktinvestitionsbestände von knapp 242 Milliarden Euro verantwortlich.² Rund 40 Prozent der bayerischen Investitionen entfielen dabei auf Europa, rund 35 Prozent auf Amerika und knapp 20 Prozent auf Asien (Abbildung 4). In Asien bildet China mit einem Bestand von 23 Mrd. Euro (oder einem Anteil von 9 Prozent) das wichtigste Ziel bayerischer Direktinvestitionen. Abgesehen von den Vereinigten Staaten haben bayerische Unternehmen in keinem Einzelland mehr investiert als in China.

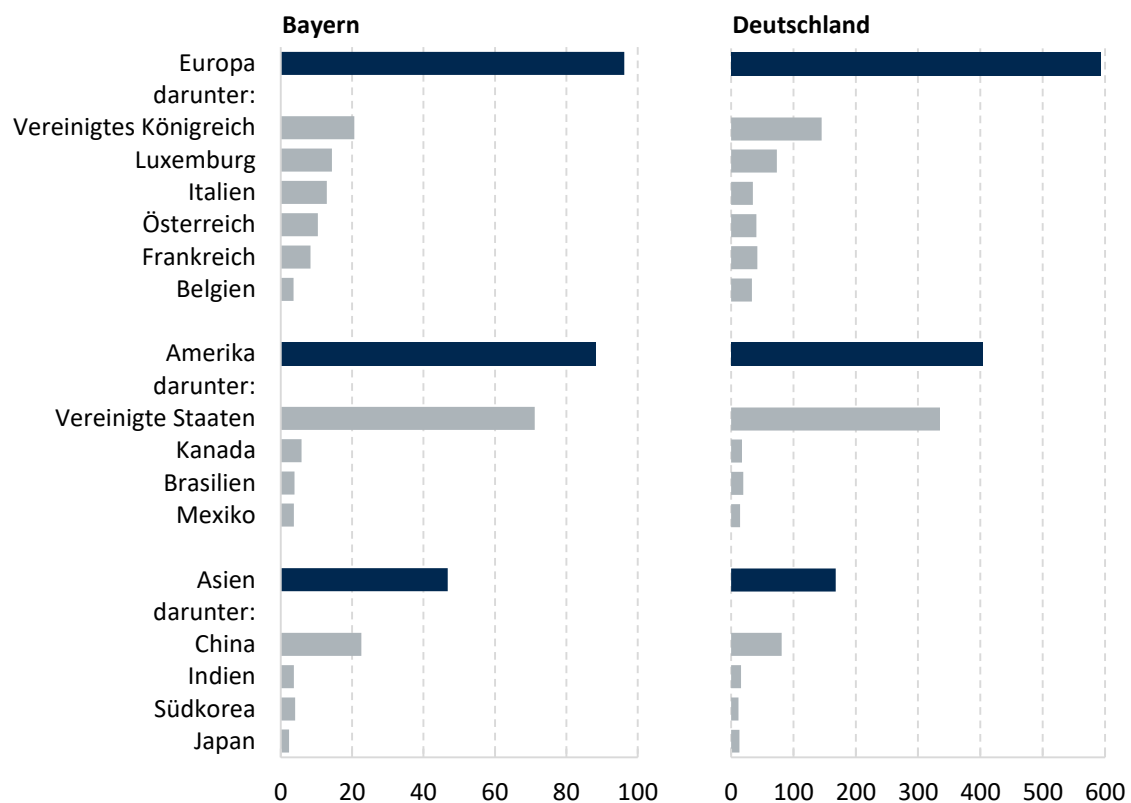
Aus gesamtdeutscher Sicht spielt China eine etwas weniger wichtige Rolle. Im Jahr 2017 entfielen knapp 7 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen auf das Land. Mit einem Anteil von 50 Prozent ist die deutsche Investitionstätigkeit deutlich stärker auf Europa ausgerichtet.

Die Bedeutung Asiens insgesamt sowie Chinas im Besonderen als Investitionsziel hat sich in den vergangenen Jahren spürbar erhöht. Zwischen 2010 und 2017 stieg der Anteil Chinas an den bayerischen Direktinvestitionen von 4 Prozent auf 9 Prozent. Der Anteil Asiens insgesamt erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 10 Prozent auf 19 Prozent. Im Gegenzug ging die relative Bedeutung Europas zurück. Auch aus gesamtdeutscher Perspektive lässt sich eine ähnliche Entwicklung konstatieren, die Anteilsverschiebungen fallen hier jedoch geringer aus.

² Direktinvestitionen sind als grenzüberschreitende Beteiligungen am Kapital oder an den Stimmrechten eines Unternehmens von 10 % oder mehr definiert. Im Gegensatz zu internationalen Portfolioinvestitionen haben Direktinvestitionen zum Ziel, die Richtung der Geschäftstätigkeit eines Unternehmens im Ausland direkt und dauerhaft zu beeinflussen. Der Bestand umfasst unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen.

Abbildung 4

Bestand bayerischer und deutscher Direktinvestitionen im Ausland, 2017, in Mrd. Euro³



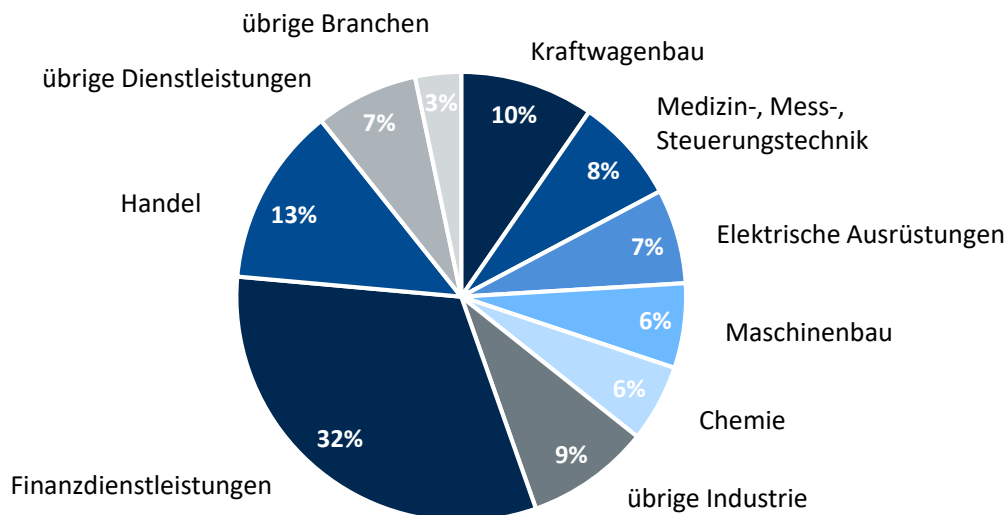
Quelle: Bundesbank 2019; unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionsbestände, vorläufige Angaben

Es gibt keine statistischen Daten dazu, auf welche Wirtschaftszweige die bayerischen Direktinvestitionen in China entfallen. Gleichwohl liegen Erkenntnisse darüber vor, welche Wirtschaftszweige bei den bayerischen Auslandsinvestitionen insgesamt im Fokus stehen: Rund 45 Prozent der gesamten bayerischen Direktinvestitionen fließen in Unternehmen oder Produktionsstandorte aus dem Verarbeitenden Gewerbe, insbesondere in den Kraftwagenbau, die Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik, Elektrische Ausrüstungen, den Maschinenbau und die Chemiebranche (Abbildung 5). Schwerpunkte im tertiären Sektor bilden mit Anteilen von 32 Prozent bzw. 13 Prozent die Finanzdienstleistungen und der Handel.

³ Die Direktinvestitionen in einigen vergleichsweise kleinen Ländern wie etwa Luxemburg sind traditionell hoch, da diese einen wichtigen Holdingstandort international tätiger Unternehmen darstellen. In der Zahlungsbilanz wird allerdings nur der unmittelbare Geschäftspartner grenzüberschreitender Transaktionen erfasst, sodass sich nicht erkennen lässt, in welchem Land (oder auch in welcher Branche) die transferierten Gelder letztendlich investiert wurden.

Abbildung 5

Bayerische Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte, 2017

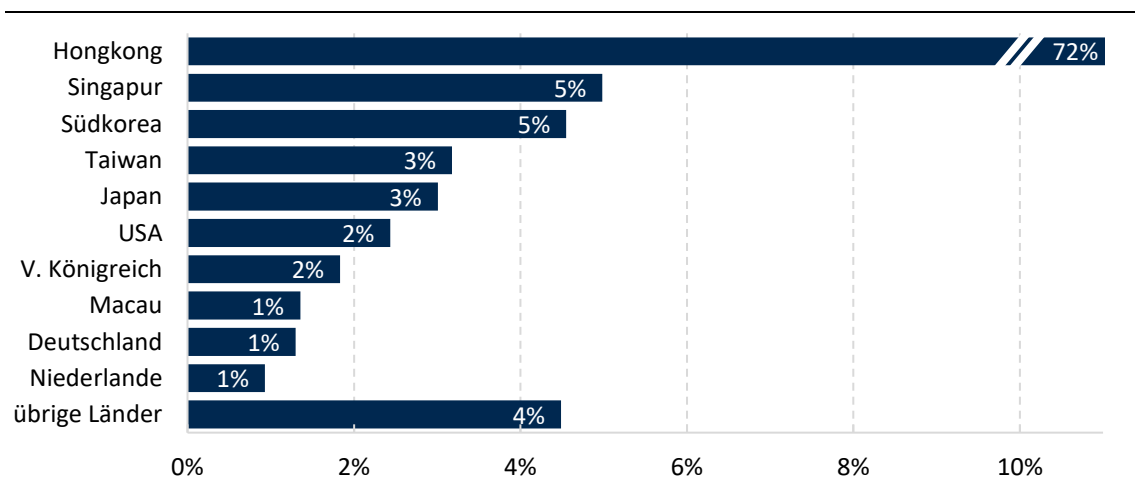


Quelle: Bundesbank 2019; unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionsbestände, vorläufige Angaben

Deutschland gehörte in den vergangenen Jahren dauerhaft zur Gruppe der zehn wichtigsten ausländischen Investoren in China. Gleichwohl liegt der deutsche Anteil an allen in China getätigten Direktinvestitionen im niedrigen einstelligen Bereich. Das liegt daran, dass bei den Direktinvestitionen in China die asiatischen Finanzplätze dominieren. So entfallen gemäß der Statistik allein auf die Sonderverwaltungszone Hongkong 72 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2019 (Abbildung 6). Hinter den Direktinvestitionen in China aus Hongkong befinden sich sehr häufig indirekt Geldgeber aus anderen Ländern. Ein wesentlicher Grund dafür ist die sehr enge Verflechtung Hongkongs mit China. Politisch ist die ehemalige britische Kronkolonie seit 1997 wieder Teil der Volksrepublik China. Gleichwohl gilt insbesondere im ökonomisch-administrativen Bereich das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, weshalb Hongkong auch in der internationalen außenwirtschaftlichen Statistik nach wie vor als separate Einheit geführt. So konnte sich die Sonderverwaltungsregion Hongkong umfangreiche Autonomierechte erhalten. Damit einher gehen sehr gute Investitionsbedingungen. In sämtlichen internationalen Vergleichsrangings wie dem Global Competitiveness Index, dem Ease of Doing Business Index oder dem Corruption Perception Index schneidet Hongkong insbesondere im Vergleich zur Volksrepublik China sehr gut ab. Diese besondere Stellung Hongkongs in China in Verbindung mit seinem hochentwickelten Finanzsektor dürfte häufig ausländische Investoren dazu bewegen nicht direkt in China, sondern indirekt über Hongkong zu investieren. Als zweitwichtigster Investor in China hinter Hongkong folgt der Finanzplatz Singapur. Deutschland steht mit einem Anteil von 1,3 Prozent an neunter Stelle.

Abbildung 6

Anteil von Ländern an den ausländischen Direktinvestitionen in China, 2019*, in %

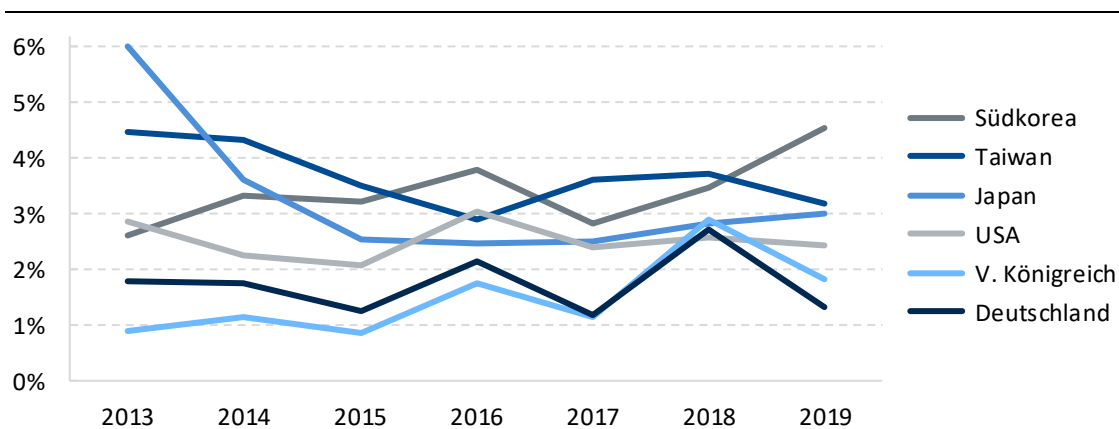


Quelle: MOFCOM, Invest in China 2020; *Daten für Januar bis Oktober 2019

Deutschlands Anteil an den gesamten FDI-Flüssen nach China schwankte in den vergangenen Jahren zwischen gut 1 Prozent und knapp 3 Prozent (Abbildung 7). Auf einem ähnlichen Niveau bewegt sich das Investitionsvolumen von Ländern wie den USA und des Vereinigten Königreichs. Die Direktinvestitionen aus Japan, Taiwan und Südkorea liegen auf einem etwas höherem Niveau.

Abbildung 7

FDI-Flüsse nach China, größte Investorenländer (ohne internationale Finanzplätze), 2013 bis 2019, in %



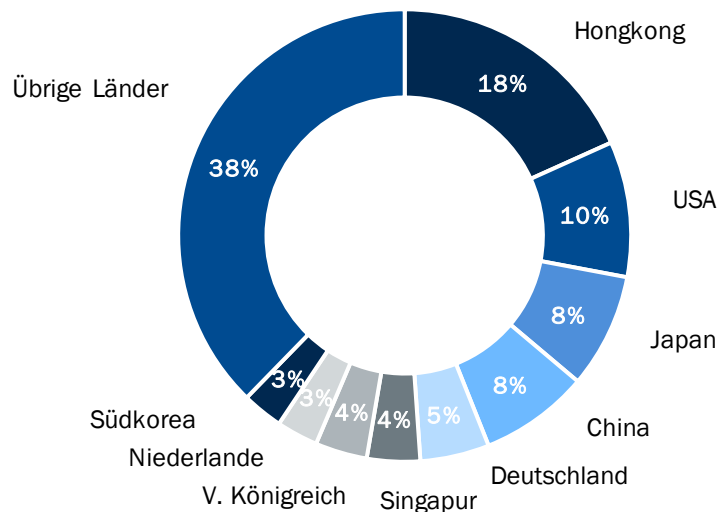
Quelle: MOFCOM, Invest in China 2020

Anhand der chinesischen Daten wird ein weltweites Phänomen deutlich: Für einen sehr großen Anteil der ausländischen Direktinvestitionen zeigen sich die global führenden Finanzplätze verantwortlich, ohne dass der tatsächliche Investor unbedingt in diesem Land ansässig ist.

Ein neuer methodischer Ansatz der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD hat zum Ziel, die tatsächlichen Investitionsbeziehungen zwischen Ländern darzustellen. Es soll sichtbar werden, aus welchem Land die Investitionen letztendlich kommen – also in welchen Standorten Investitionsentscheidungen gefällt werden, woher das investierte Kapital tatsächlich stammt und wer die damit verbundenen Risiken trägt oder von den damit erwirtschafteten Gewinnen profitiert. Aus dieser Perspektive zeigt sich, dass aus den großen Industrieländern deutlich mehr Investitionen stammen als die reinen FDI-Zahlen zeigen. Viele Unternehmen aus den großen Industrieländern tätigen also den Großteil ihrer Direktinvestitionen indirekt über regionale Holdinggesellschaften. Gemäß den Schätzungen stammen rund 10 Prozent der Direktinvestitionen aus den Vereinigten Staaten, 8 Prozent aus Japan und 5 Prozent aus Deutschland (Abbildung 8).

Abbildung 8

Anteile an den ausländischen Direktinvestitionen in China gemäß den tatsächlichen Herkunftsländern* der Investitionen, 2017, in %



Quelle: UNCTAD World Investment Report 2019; *FDI estimates by ultimate investor

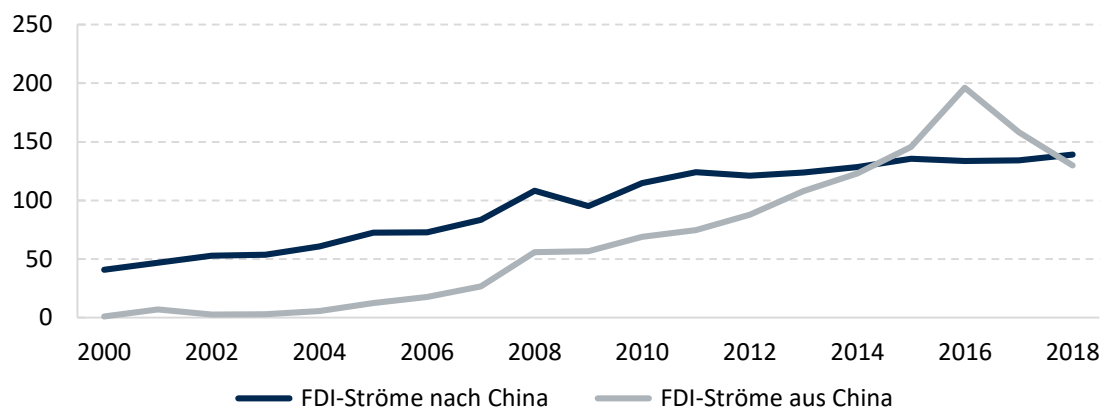
4 Chinesische Direktinvestitionen in Bayern und Deutschland

Chinesische Investoren in Bayern und Deutschland sind überdurchschnittlich stark an Industrieunternehmen interessiert.

Noch in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende war China fast ausschließlich Empfängerland ausländischer Direktinvestitionen. Die chinesischen Direktinvestitionen im Ausland legten in den darauffolgenden Jahren jedoch sehr dynamisch zu. Im Jahr 2015 überstieg das Volumen der chinesischen Auslandsinvestitionen erstmals die Summe der FDI-Zuflüsse nach China (Abbildung 9). In den Jahren 2017 und 2018 ging die chinesische Auslandsinvestitionstätigkeit jedoch wieder spürbar zurück. Ein Grund für diesen Rückgang waren unter anderem neue gesetzliche Vorgaben der chinesischen Regierung, die darauf abzielen, chinesische Auslandsinvestitionen in bestimmten Bereichen (wie etwa Luxusimmobilien, Sportklubs oder Filmprojekte) zu verhindern. Trotz dieser dämpfenden Faktoren lag China 2018 bei den ausländischen Direktinvestitionen weltweit auf Rang zwei. Lediglich Japan tätigte noch mehr ausländische Direktinvestitionen als China.

Abbildung 9

FDI-Ströme nach und aus China, 2013 bis 2018, in Mrd. US-Dollar

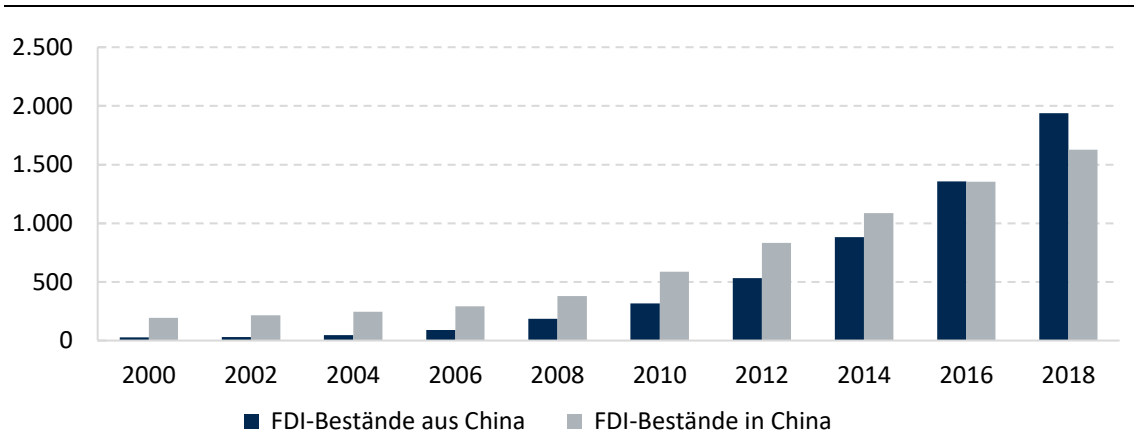


Quelle: UNCTAD 2019

Diese Entwicklung lässt sich auch anhand der FDI-Bestände in und aus China ablesen. Beide Kenngrößen nahmen seit 2000 kontinuierlich zu. Die Zahlen belegen damit die erheblich intensiver gewordene Verflechtung der chinesischen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft. Im Jahr 2016 übertrafen die chinesischen FDI-Bestände im Ausland erstmals die Summe der ausländischen FDI-Bestände in China (Abbildung 10).

Abbildung 10

FDI-Bestände in und aus China, 2000 bis 2018, in Mrd. US-Dollar

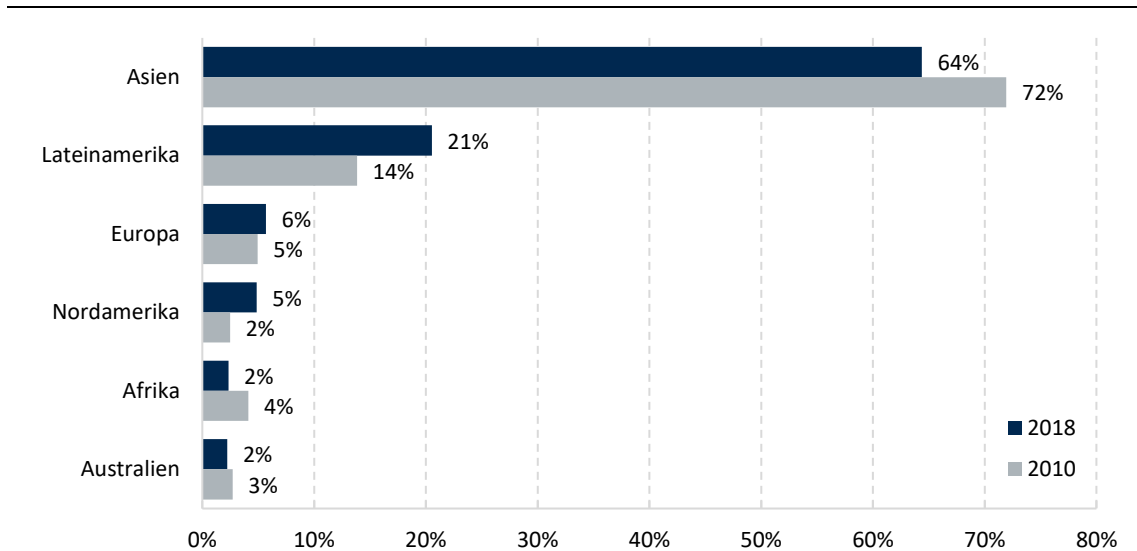


Quelle: UNCTAD 2019

Insgesamt ist der Bestand an chinesischen Direktinvestitionen im Ausland von knapp 320 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010 auf gut 1.980 Mrd. US-Dollar im Jahr 2018 angestiegen. Der Fokus der chinesischen Investitionstätigkeit liegt nach wie vor in Asien. Hier stieg der FDI-Bestand im betrachteten Zeitraum von 230 Mrd. US-Dollar auf 1.280 Mrd. US-Dollar. Gleichwohl ging der Anteil Asiens an allen chinesischen Direktinvestitionen von 72 Prozent im Jahr 2010 auf 64 Prozent im Jahr 2018 zurück (Abbildung 11). Das zweitwichtigste Ziel von chinesischen Direktinvestitionen ist mit einem Bestand von 410 Mrd. US-Dollar Lateinamerika. Der Anteil Europas stieg im gleichen Zeitraum leicht auf 6 Prozent im Jahr 2018 (110 Mrd. US-Dollar). Auf Nordamerika entfallen im Jahr 2018 rund 5 Prozent bzw. 100 Mrd. US-Dollar. Der Bestand an chinesischen Direktinvestitionen in Afrika erhöhte sich im betrachteten Zeitraum von gut 10 Mrd. US-Dollar auf knapp 50 Mrd. US-Dollar. Gleichwohl ging der Anteil des Kontinents am gesamten chinesischen Investitionsbestand auf 2 Prozent zurück. Dabei ist zu beachten, dass chinesische Investitionen in Afrika überdurchschnittlich häufig über staatliche Kreditvergaben und weniger häufig in Form von Direktinvestitionen durchgeführt werden.

Abbildung 11

Bestand an chinesischen Direktinvestitionen im Ausland nach Regionen, 2010 und 2018, in %

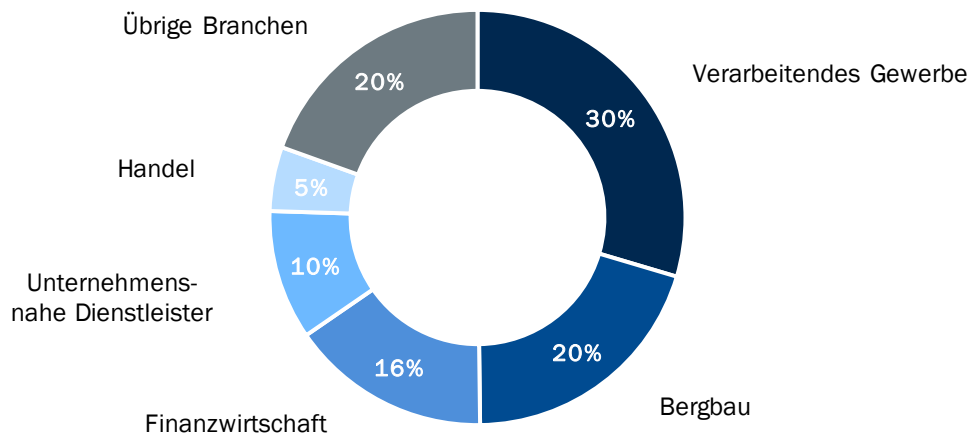


Quelle: MOFCOM 2019

Werden die chinesischen Direktinvestitionen in Europa nach Branchen betrachtet, so entfallen knapp 30 Prozent des Bestands auf das Verarbeitende Gewerbe. Das ist deutlich mehr als in der weltweiten Betrachtung der chinesischen FDI. Diese Konzentration ist ein sehr deutlicher Hinweis darauf, dass chinesische Investoren in Europa überdurchschnittlich stark an Industrieunternehmen interessiert sind (Abbildung 12). Dahinter folgen die Bereiche Bergbau und Finanzwirtschaft.

Abbildung 12

Anteil von Branchen am Bestand der chinesischen Direktinvestitionen in Europa, 2018, in %

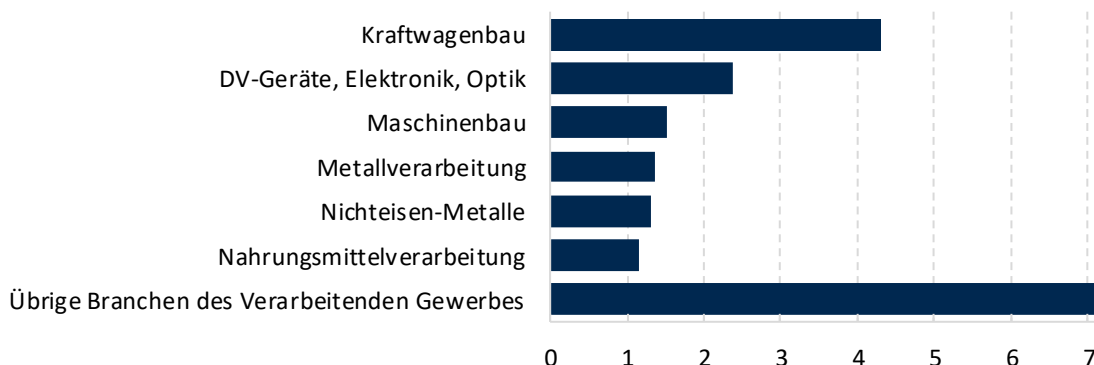


Quelle: MOFCOM 2019

Unter den Industriebranchen stehen weltweit insbesondere die Bereiche Kraftwagenbau, DV-Geräte, Elektronik, Optik, Maschinenbau, Pharmazie sowie Metallverarbeitung im Fokus der chinesischen Investitionstätigkeit (Abbildung 13). Detaillierte Aufschlüsselungen nach Industriebranchen und einzelnen Regionen bzw. Ländern bietet die offizielle chinesische Investitionsstatistik nicht.

Abbildung 13

Chinesische Auslandsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach Einzelbranchen, 2018, in Mrd. US-Dollar



Quelle: MOFCOM 2019

Offizielle statistische Daten zur spezifischen chinesischen Investitionstätigkeit in Deutschland gibt es lediglich auf einer vergleichsweise hoch aggregierten Ebene. Insgesamt tätigten chinesische Unternehmen im Jahr 2018 in Deutschland Direktinvestitionen im Wert von fast 1,5 Mrd. Euro. Damit war Deutschland – außer dem Finanzplatz Luxemburg – das wichtigste Investitionsziel in Europa. Gleichwohl ist aus chinesischer Perspektive – gemessen am Gesamtvolumen – die Bedeutung Deutschlands als Ziel von Direktinvestitionen vergleichsweise gering. So lag 2018 der Anteil Deutschlands an allen chinesischen Direktinvestitionen bei lediglich 1,0 Prozent. An der Entwicklung der Investitionsbestände ist zwar absehbar, dass Deutschland als Investitionsziel an Bedeutung gewinnt. So stieg der deutsche Anteil von 0,5 Prozent im Jahr 2010 auf 0,7 Prozent im Jahr 2018. Gleichwohl bewegen sich die Werte auf einem geringen Niveau.

Ein detaillierterer Blick auf die chinesischen Investitionen auf Unternehmensebene zeigt, aus welchen Branchen die chinesischen Übernahme- oder Beteiligungsziele in Deutschland bevorzugt kommen oder ob sich das Verhalten der chinesischen Unternehmen in den vergangenen Jahren gewandelt hat. Insbesondere lässt sich auf dieser Grundlage ableiten, inwiefern die Übernahmen und Beteiligungen auf die Aneignung von Schlüsseltechnologien zielen, die in der Going-Global-Strategie der chinesischen Regierung genannt sind.

Die Investitionen chinesischer Firmen in Deutschland konzentrierten sich in den letzten Jahren vor allem auf die Sektoren Maschinenbau, Automobilindustrie, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Chemie und Pharma (Tabelle 2 bis Tabelle 6 im Anhang). Damit entfiel ab 2015 – dem Jahr der Verabschiedung der „Made in China 2025“-Strategie – ein Großteil der ausländischen Direktinvestitionen Chinas in Deutschland tatsächlich auf die sogenannten „Schlüsselindustrien“. Die „Made in China 2025“-Strategie hat das erklärte Ziel, China von einem Standort für Zulieferer globaler Wertschöpfungsketten zu einem weltweit führenden Technologiestandort in zehn ausgewählten Schlüsselindustrien zu transformieren. 2014 war noch ein anderes Investitionsverhalten zu beobachten. So floss in jenem Jahr noch ein großer Teil der Investitionen in die Sektoren Tourismus, Konsumgüter, Textilien und Einzelhandel.

2015 lag der Fokus der chinesischen Investitionen zum einen in den beiden in Deutschland besonders starken Branchen Automobil und Maschinenbau, sowie in den Bereichen Finanzwesen und Risikokapital. Zudem wurden verschiedene deutsche Unternehmen aus dem Bereich Pharma und Biotech übernommen.

2016 fand mit dem Erwerb des Robotikspezialisten Kuka durch Midea die auch in der breiteren deutschen Öffentlichkeit am stärksten diskutierte Übernahme eines deutschen Unternehmens durch chinesische Investoren statt. Befürchtet wurde insbesondere der Abfluss von technologischer Expertise in diesem als besonders zukunftssträftig geltenden Bereich. Im selben Jahr wurden zudem der Maschinenbauer Krauss Maffei durch ChemChina und die beiden Energie- und Umwelttechnikunternehmen WindMW und EEQ Energy von chinesischen Unternehmen übernommen, was diese Befürchtungen verstärkte.

2017 war das bisherige Rekordjahr der chinesischen Investitionstätigkeit in Deutschland. Allein 6,2 Mrd. US-Dollar entfielen auf die Übernahme des Energiedienstleisters ista durch

Cheung Kong. Das Biotechnologie-Unternehmen Biotest wurde für 1,4 Mrd. US-Dollar von der Creat Group gekauft. Die geplante Beteiligung von HNA an der Deutschen Bank über 3,3 Mrd. US-Dollar blieb hingegen erfolglos und wurde sukzessive rückabgewickelt. Insgesamt wurde 2017 vor allem in Unternehmen aus der Industrie, der Energietechnik und der Automobil- und Pharmaindustrie investiert.

In den Jahren 2018 und 2019 war dann ein starker Rückgang der chinesischen Direktinvestitionen zu verzeichnen. Dafür dürften zum einen die bereits erwähnten neuen gesetzlichen Vorgaben der chinesischen Regierung verantwortlich sein, die darauf abzielen, chinesische Auslandsinvestitionen in bestimmten Bereichen die als „frivol“ kategorisiert wurden (wie etwa Luxusimmobilien, Sportclubs oder Filmprojekte) zu verhindern. In diesen Bereichen ging die chinesische Investitionstätigkeit massiv zurück. Andere Faktoren dämpften hingegen die Investitionstätigkeit in sämtlichen Wirtschaftsbereichen. Dazu gehören etwa das Abflauen des chinesischen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren, der zunehmend hohe Verschuldungsgrad der chinesischen Unternehmen sowie die strenger gewordenen Investitionsschutzmaßnahmen auf europäischer und deutscher Seite. Zu den wichtigsten chinesischen Investitionen in den vergangenen beiden Jahren gehören die Beteiligung von Geely an Daimler, die Übernahme von Data Artisans durch Alibaba, die Beteiligung von Masterwork Machinery an den Heidelberger Druckmaschinen und das angekündigte Greenfield Investment von CATL Europe in Thüringen. Da im Zuge der Corona-Krise weltweit die Investitionstätigkeit deutlich geschrumpft ist, dürfte es auch 2020 einen Rückgang bei den chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland geben. So geht eine kürzlich veröffentlichte Schätzung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD davon aus, dass in den Jahren 2020 und 2021 die weltweiten FDI-Ströme um bis zu 40 % niedriger liegen als 2019 (UNCTAD 2020). Besonders stark negativ betroffen dürften Direktinvestitionen in den Bereichen Transport, Fahrzeugbau, Chemie, Plastik und Maschinenbau sein. Direktinvestitionen in den Bereichen Pharma und Medizintechnik zeigen sich zumindest bisher unberührt durch die Covid-19-Pandemie (EY 2020).

Exkurs: Bezahlen Chinesen marktübliche Preise?

Bei Firmenübernahmen sind chinesische Investoren mehrmals durch hohe Bieterangebote aufgefallen. Als Beispiel dient hier das Übernahmeangebot des chinesischen Unternehmens Midea für den deutschen Roboterhersteller Kuka im Jahr 2016. Der von Midea gebotene Preis je Aktie lag um 36 Prozent über dem Schlusskurs vom Vortag und galt bei Marktbeobachtern als besonders hoch. Trotz medienwirksamer Aufforderung des damaligen Bundeswirtschaftsministers Gabriel und intensiver politischer Diskussion zeigte sich kein weiterer Investor interessiert, mit dem Angebotspreis von Midea zu konkurrieren. Midea sicherte sich schließlich 94,5 Prozent der Anteile.

Die Diskussion zur Kuka-Übernahme regt die Frage an, ob chinesische Investoren marktübliche Preise zahlen oder ihren Investmentangeboten systematisch eine Prämie hinzufügen. Eine quantitative Analyse ist aufgrund der Datenlage schwierig. Zwar zeigen Daten zu chinesischen Firmenübernahmen für den Zeitraum 1990 bis 2011, dass chinesische Staatsunternehmen Preisaufläge gezahlt haben (Guo / Clougherty, 2015). Eine ökonometrische Analyse weltweiter Firmenübernahmen findet jedoch keinen Beleg dafür, dass es sich hierbei um ein systematisches Vorgehen chinesischer Investoren handelt (Fuest / Hugger et al., 2019). Die Frage, ob chinesische Investoren marktübliche Preise zahlen, lässt sich empirisch also nicht eindeutig beantworten.

Gleichwohl stellt sich die Frage, inwiefern hohe Bieterangebote chinesischer Investoren auch Ausdruck einer ökonomischen oder politstrategischen Agenda Chinas sind. Chinesische Investoren genießen einen Wettbewerbsvorteil, wenn der von ihnen gezahlte Übernahmepreis durch vergünstigte Finanzierungsbedingungen politisch subventioniert ist. Subventionsbedingt steigt dann die Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Aus Sicht des chinesischen Staates kann es ökonomisch rentabel sein, Auslandsinvestitionen durch aktive Maßnahmen zu fördern, wenn den Subventionskosten ein langfristig höherer Ertrag gegenübersteht. Eine Fördervoraussetzung ist daher oftmals, dass Investitionsprojekte in Chinas Going-Global-Strategie passen. Initiiert im Jahr 1990, verfolgte die Going-Global-Strategie Chinas zunächst das Ziel, sich über Auslandsinvestments natürliche Ressourcen zu sichern, Marktanteile auf ausländischen Märkten zu gewinnen, sowie technologisch aufzuholen. Hierbei stand insbesondere der Schutz chinesischer Produzenten gegenüber der ausländischen Konkurrenz auf dem chinesischen Heimatmarkt im Vordergrund. Darüber hinaus sollten Synergien erzeugt und der Vertrieb von Produkten „Made in China“ gefördert werden. Zwar wurden auch mit Hilfe von Dumpingstrategien Marktanteile in vielen Produktgruppen gewonnen. Das Ziel, global relevante Marken aufzubauen wurde jedoch weitestgehend verfehlt.

Ein neuerer Fokus der Going-Global-Strategie ist die langfristige Sicherung der globalen Nachfrage für chinesische Produkte. Um dieses Ziel zu erreichen haben Firmenübernahmen auch die Absicht, internationale Expertise aufzubauen, um langfristig auf ausländischen Märkten wettbewerbsfähig zu sein. Zum anderen soll Know-how insbesondere im Hochtechnologiebereich aufgebaut werden. Vor diesem Hintergrund ist die Going-Global-Strategie angeknüpft an den Plan „Made in China 2025“ (MIC 2025) sowie an das

Infrastrukturprojekt „Belt and Road Initiative“ (BRI), umgangssprachlich „Neue Seidenstraße“. Aus volkswirtschaftlicher Sicht versprechen Auslandsinvestitionen im Rahmen dieser Vorhaben positive externe Effekte. Somit können die Kosten der Bereitstellung verbilligter staatlicher Kredite an Investoren durch langfristige Erträge ökonomisch gerechtfertigt sein.

Neben den volkswirtschaftlich motivierten subventionierten Finanzierungsbedingungen können betriebswirtschaftliche Überlegungen eine höhere Zahlungsbereitschaft chinesischer Investoren begründen. So ist der chinesische Markt für ausländische Unternehmen in vielen Bereichen streng reguliert. Unternehmen in chinesischem Besitz haben somit ein zusätzliches Wachstumspotenzial. Im Ergebnis können sich die zu erwartenden Renditen einer Firmenübernahme zwischen chinesischen und nicht-chinesischen Investoren unterscheiden und somit ein chinesisches Übernahmeangebot rechtfertigen, das über dem marktüblichen Preis liegt.

Zusammenfassend ist zwar keine eindeutige Evidenz für eine systematische Zahlung überhöhter Preise durch chinesische Investoren zu beobachten. Gleichwohl werden chinesische Auslandsinvestitionen stark von den politischen Interessen Chinas beeinflusst und dementsprechend unterstützt. Chinesische Investoren haben somit unter Umständen günstigere Finanzierungsbedingungen und damit einen Wettbewerbsvorteil.

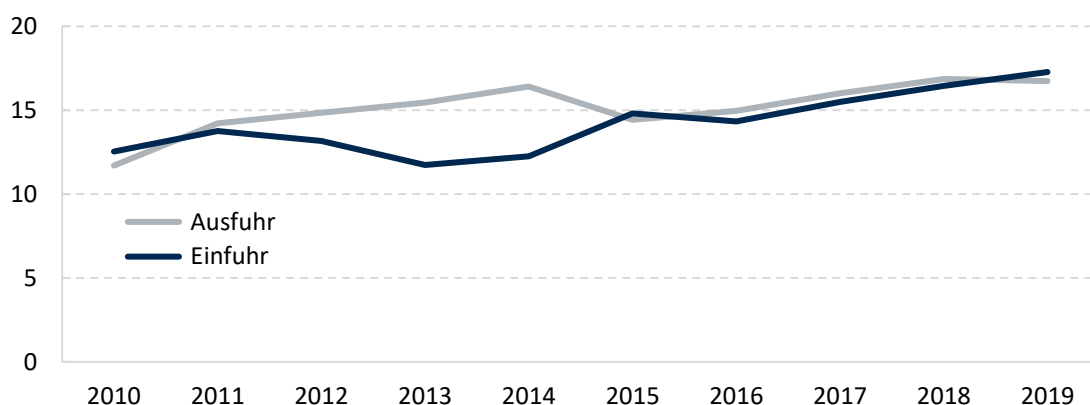
5 Außenhandel zwischen Deutschland, Bayern und China

China ist für die bayerischen und deutschen Unternehmen ein sehr wichtiger Absatzmarkt – und in zunehmendem Maße auch ein Konkurrent.

Die wechselseitigen Direktinvestitionen sind eine Ausprägung der intensiver gewordenen ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen China und Bayern. Einen weiteren wichtigen Aspekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stellen die Handelsbeziehungen dar. Es zeigt sich, dass verglichen mit 2010 sowohl die bayerischen Exporte nach China als auch die bayerischen Importe aus China spürbar gestiegen sind. Die bilaterale Handelsbilanz zeigte sich dabei in den meisten Jahren ausgeglichen (Abbildung 14).

Abbildung 14

Bayerische Ausfuhr bzw. Einfuhr nach bzw. aus China, 2010 bis 2019, in Mrd. Euro

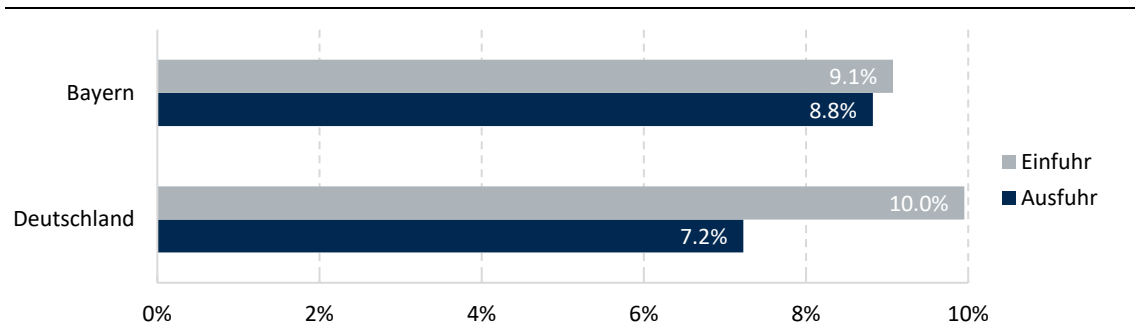


Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2020

Die relative Bedeutung Chinas als Exportmarkt für die bayerischen Unternehmen hat sich seit 2010 nochmals leicht erhöht, der Anteil an der Ausfuhr beläuft sich auf 9 Prozent. Der chinesische Anteil an der bayerischen Einfuhr nahm hingegen im selben Zeitraum leicht auf 9 Prozent ab. Aus gesamtdeutscher Sicht ist China als Absatzmarkt etwas weniger wichtig. So gingen im Jahr 2018 rund 7 Prozent der deutschen Ausfuhr in das Land. Der chinesische Anteil an der gesamtdeutschen Einfuhr liegt mit 10 Prozent etwas oberhalb des bayerischen Werts (Abbildung 15).

Abbildung 15

Anteil Chinas am bayerischen und deutschen Außenhandel, 2019, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt und Bayerisches Landesamt für Statistik 2020

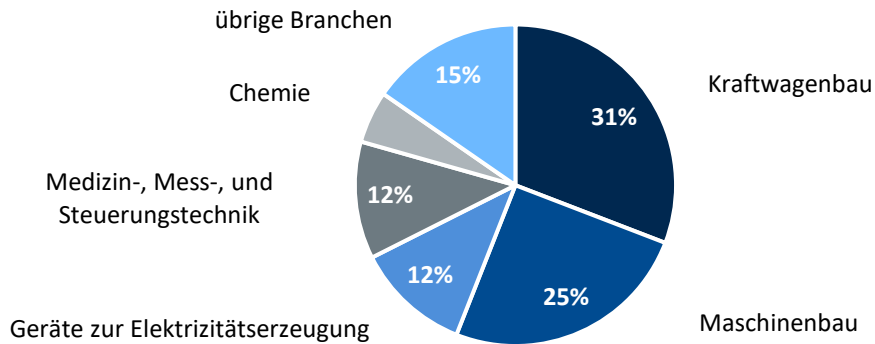
Das ungleiche Größenverhältnis zwischen der chinesischen und der bayerischen Volkswirtschaft drückt sich auch im Hinblick auf die Bedeutung Bayerns aus chinesischer Perspektive aus. So kamen im Jahr 2018 lediglich 1,2 Prozent aller chinesischen Warenimporte aus Bayern. Der Anteil Bayerns als Absatzmarkt für chinesische Exportwaren belief sich im selben Jahr auf nur 0,5 Prozent. Die Bedeutung von Deutschland insgesamt ist aus chinesischer Sicht vor allem als Lieferant von Importgütern höher: So stammen rund 5 Prozent der chinesischen Einfuhr aus der Bundesrepublik. Der Anteil Deutschlands als Absatzmarkt für chinesische Exportwaren liegt bei rund 3 Prozent.

Die beiden wichtigsten bayerischen Exportbranchen sind der Kraftwagenbau und der Maschinenbau. Auch bei der Ausfuhr nach China dominieren diese beiden Bereiche mit Anteilen von rund 31 Prozent bzw. 25 Prozent (Abbildung 16). Bei der bayerischen Ausfuhr insgesamt liegen die Anteilswerte mit 23 Prozent bzw. 20 Prozent deutlich niedriger. Mit einigem Abstand folgen Geräte zur Elektrizitätserzeugung sowie die Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik.

Aus gesamtdeutscher Sicht liegen beim Export nach China die gleichen Branchen vorne. Allerdings ist die deutsche Exportstruktur etwas weniger stark auf einzelne Branchenkonzentriert als das bayerische Exportgeschäft. So entfallen auf den Kraftwagenbau 25 Prozent, auf den Maschinenbau 23 Prozent und auf die Geräte zur Elektrizitätserzeugung 8 Prozent aller deutschen Warenexporte nach China.

Abbildung 16

Anteile der Branchen an der bayerischen Ausfuhr nach China, 2019, in %

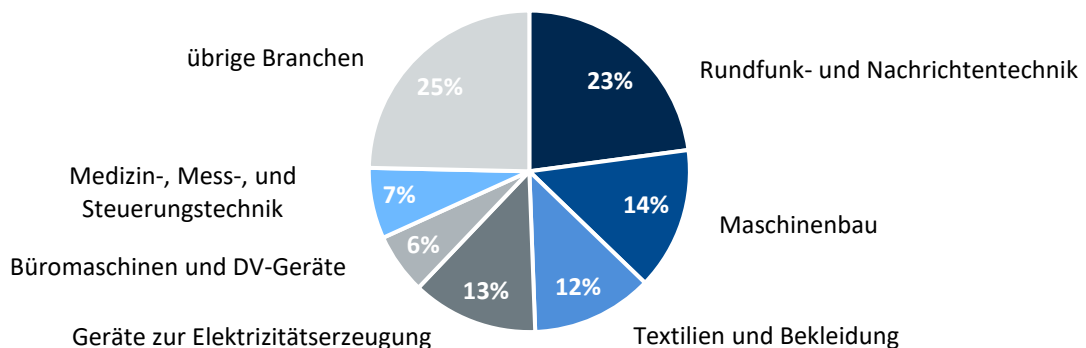


Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2020, eigene Berechnungen

Chinesen beziehen zwar in großem Umfang Kraftwagen und Kraftwagenteile aus Bayern, umgekehrt gilt das jedoch nicht. Weniger als 2 Prozent der bayerischen Einfuhr aus China entfällt auf diesen Bereich. An der Spitze steht hier mit großem Abstand die Rundfunk- und Nachrichtentechnik (Abbildung 17) – eine Branche, die im Gegenzug kaum von Bayern nach China exportiert. Auch in den beiden Branchen Textilien und Bekleidung sowie Büromaschinen und DV-Geräte stehen den hohen bayerischen Importen keine nennenswerten bayerischen Exporte gegenüber. Beim Maschinenbau, den Geräten zur Elektrizitätserzeugung und der Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik sieht das anders aus: In diesen Branchen wird sowohl in hohem Umfang nach China exportiert als auch aus China importiert.

Abbildung 17

Anteile der Branchen an der bayerischen Einfuhr aus China, 2019, in %



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2020, eigene Berechnungen

In einigen Branchen lassen sich die ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen Bayern und China damit als Konkurrenzverhältnis charakterisieren. Zwar bieten chinesische Exporteure im Vergleich zu bayerischen Unternehmen nach wie vor meist einfachere, dafür aber preisgünstigere Produkte an. Gleichwohl stehen insbesondere im Maschinenbau, bei den Geräten zur Elektrizitätserzeugung und der Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik chinesische und bayerische Produkte im Wettbewerb zueinander.

Im Kraftwagenbau ist China aus bayerischer Sicht hingegen in erster Linie ein sehr attraktiver Absatzmarkt, aber (noch) kein Konkurrent. Vor dem Hintergrund der voraussichtlich steigenden Bedeutung der Elektromobilität und der starken Stellung chinesischer Anbieter in diesem Bereich könnte sich dies künftig jedoch ändern.

Umgekehrt spielt Bayern für chinesische Unternehmen aus der Rundfunk- und Nachrichtentechnik, der Textilindustrie und dem Bereich Büromaschinen- und DV-Geräte vor allem als Absatzmarkt eine Rolle. Aus Sicht Bayerns ist China in diesen Bereichen eine wichtige Bezugsquelle für Güter, die im eigenen Land kaum (mehr) selbst hergestellt werden.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, Bayern und China unter Corona

Die globale Corona-Pandemie und die damit verbundene massive Einschränkung des wirtschaftlichen Lebens in zahlreichen Ländern veranschaulicht die Verletzlichkeit der globalen Liefer- und Produktionsverflechtungen. Es ist davon auszugehen, dass die gegenwärtige Krise auch dauerhaft die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsnetzwerke zwischen chinesischen und bayerischen Unternehmen verändert.

Ein Blick auf die aktuellen Außenhandelsdaten zeigt, dass Bayern derzeit zahlreiche Einfuhrgüter zu einem sehr hohen Anteil aus China bezieht. Unsere Analyse bezieht sich dabei auf die Ebene der 4-Steller-Gütergruppen gemäß der amtlichen WA-Außenhandelsstatistik. Bei 56 Gütergruppen (von insgesamt knapp 1.600 Gütergruppen) liegt der Anteil Chinas an der gesamten bayerischen Einfuhr bei mehr als 50 Prozent.

Bei vielen Gütergruppen ist die mit der großen Importabhängigkeit von China verbundene Gefahr zwar sehr gering. So entfallen allein 16 der 56 Gütergruppen auf den Bereich Textilien und damit den Konsumgüterbereich. Das gilt auch für mehrere Gütergruppen aus den Bereichen Uhren und Uhrmacherwaren, Holz und sonstige Importgüter, die ganz überwiegend aus China importiert werden. Bei bestimmten Vorleistungsgütern ist die Gefahr hingegen größer. So kommt über die Hälfte aller nach Bayern importierten Elektromagnete und Dauermagnete, ein wichtiges Vorleistungsgut für mehrere Industriebranchen, aus der Volksrepublik. Bei Stoffen mit organisch-anorganischen Verbindungen sind es sogar über 60 Prozent. Bei einzelnen spezifischen Produktkategorien – darunter auch wichtige Vorleistungsprodukte – dürfte die Importabhängigkeit von China noch deutlich größer sein. So zeigt etwa eine Auswertung der deutschen Handelszahlen, dass Deutschland rund drei Viertel seines Bedarfs an tragbaren Datenverarbeitungsmaschinen aus China bezieht – und China gleichzeitig weltweit der einzige große Anbieter in dieser Güterkategorie ist.

Im Fall einer massiven Störung des globalen Handels und der Produktionsprozesse kann dies schnell zu Engpässen führen. Die chinesische Industrieproduktion ging im Januar und Februar 2020 im Vergleich zur Vorjahresperiode um über 13 Prozent zurück. Das wirkte sich auch auf die bayerischen Importzahlen aus. So war die bayerische Einfuhr aus China im Februar 2020 um mehr als 30 Prozent niedriger als im Januar 2020. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Februar 2019 lag die bayerische Einfuhr aus China im Februar 2020 um 17 Prozent niedriger. Noch stärker ging der deutsche Import von tragbaren DV-Geräten aus China zurück, einer Branche, bei der die Importabhängigkeit von China besonders hoch ist: Hier lag der Import im Februar 2020 um 45 Prozent niedriger als im Februar 2019.

Nach der Talsohle im Februar 2020 kam es im März und April zu einer spürbaren Erholung bei den bayerischen Einfuhren aus China. Sie stiegen im März 2020 im Vergleich zum Vormonat um 7 Prozent, lagen damit jedoch weiterhin um 9 Prozent unter dem Wert im März 2019. Im April 2020 setzte sich die Erholung mit einem Wachstum von über 9 Prozent zum Vormonat fort. Der Wert der bayerischen Einfuhren aus China lag damit knapp über dem Wert im April 2019. Der starke Anstieg der Einfuhren ist dabei sicherlich auch auf Nachholeffekte zurückzuführen. Zudem waren die Einfuhren im Vergleichsmonat April 2019 recht niedrig.

Die Abhängigkeit von spezifischen Vorleistungsprodukten lässt sich zwar auf Grundlage der bayerischen Außenhandelsdaten nicht einzeln sichtbar machen, da nur vergleichsweise große Gütergruppen ausgewiesen werden. Gleichwohl wird die mit einer großen Importabhängigkeit verbundene Gefahr für die heimischen Produktionsketten anhand von ausgewählten Beispielen greifbar.

Zu Beginn der Corona-Pandemie wurde insbesondere die Gefahr von vermehrten Lieferengpässen bei Arzneimitteln diskutiert. Der Grund: Rund 90 Prozent der Wirkstoffe für Generika und rund 50 Prozent der Wirkstoffe für patentgeschützte Medikamente werden in China hergestellt. Zwar gibt es fortlaufend bei einigen Medikamenten Lieferengpässe, jedoch führen diese nicht zwangsläufig zu Versorgungsengpässen. Zu großflächigen Versorgungsengpässen dürfte es erst bei einem mehrmonatigen Importstopp aus China kommen. Gleichwohl hat die große Importabhängigkeit bei Arzneimitteln erstmals auch einer breiteren Öffentlichkeit die möglichen Gefahren einer Störung der global vernetzten Liefer- und Produktionsnetzwerke vor Augen geführt.

Auch in zahlreichen anderen Industriebranchen stört die Corona-Pandemie die Produktionsketten massiv. So waren Ende März die Betriebsabläufe bei 84 Prozent der deutschen Maschinenbaubetriebe beeinträchtigt. Fast jeder zweite Betrieb berichtete sogar von gravierenden oder merklichen Störungen, so das Ergebnis einer Befragung des Branchenverbands VDMA. Insbesondere seien Teile, die einige Woche im Voraus in Asien bestellt wurden, nicht angekommen. Mittlerweile seien auch Ausfälle europäischer Lieferanten hinzugekommen und führten zu spürbaren Produktionsbelastungen oder Produktionsausfällen (VDMA, 2020). Auch in zahlreichen Unternehmen aus anderen Industriebranchen wie dem Kraftwagenbau oder der Elektrotechnik wurden die Lieferketten massiv gestört.

Nach den Störungen der Lieferketten sind die heimischen Unternehmen operativ zunächst damit beschäftigt, möglichst schnell die Auswirkungen auf ihre Liefer- und Produktionsprozesse zu beheben. Längerfristig dürfte die massive Störung der grenzüberschreitenden Produktionsprozesse jedoch bei vielen Unternehmen dazu führen, dass sie ihre Anfälligkeit gegenüber einem Ausfall einzelner Lieferungen reduzieren möchten. Dies dürfte sich in einigen Jahren auch in den Zahlen und der Struktur der Außenhandels- und Investitionsbeziehungen zwischen China und Deutschland bzw. Bayern niederschlagen.

6 Die „Neue Seidenstraße“

Die „Neue Seidenstraße“ wird zu positiven Handelseffekten führen – von denen nicht alle profitieren werden.

Die im Jahr 2013 von China initiierte Belt and Road Initiative (BRI) – auch „Neue Seidenstraße“ genannt - ist ein langfristig angelegtes transnationales Investitionsprojekt. Es handelt es sich in erster Linie um ein Infrastrukturprojekt, das als offizielles Ziel die allgemeine Förderung des Wirtschaftswachstums und des Außenhandels der beteiligten Länder ausgibt. Angegliedert an Chinas Going-Global-Strategie soll das Projekt dazu beitragen, neue Absatzmärkte zu erschließen, Handelskosten zu reduzieren sowie neue Wertschöpfungsketten entstehen zu lassen. Im Ergebnis sollen die teilnehmenden Länder wirtschaftlich enger an China gebunden werden.

Abbildung 18

Die Belt and Road Initiative – Neue Seidenstraße



Quelle: GTAI und MERICS, eigene Darstellung

Die Neue Seidenstraße umfasst eine Reihe von Infrastrukturvorhaben. Zum einen soll ein Wirtschaftsgürtel entlang mehrerer Landkorridore ausgebaut bzw. aufgebaut werden („Economic Belt“). Ergänzt werden die Landkorridore zum anderen durch eine maritime

Die „Neue Seidenstraße“

(„Maritime Silk Road“) sowie eine digitale Seidenstraße („Digital Silk Road“). Die Handelsrouten zu Land verlaufen in drei Richtungen. Die Südroute führt nach Süd- und Südostasien. Die Nordroute führt über Russland nach Europa. Die geplante zentrale Route verbindet China über Zentral- und Westasien mit Europa. Die maritime Seidenstraße zielt auf einen Ausbau der Seeroute zwischen China und Europa. Sie umfasst den Ausbau von Häfen in Südeuropa, an der ostafrikanischen Küste und im Indischen Ozean. Neben dem Ausbau traditioneller Verkehrswege durch Straßen, Bahngleise sowie See- und Flughäfen sieht die Neue Seidenstraße auch Investitionen in den Bereichen Energie und Telekommunikation vor. Hierzu gehören der Bau von Pipelines, Kraftwerken und Glasfaserkabeltrassen sowie weitere Investitionen in die digitale Infrastruktur.

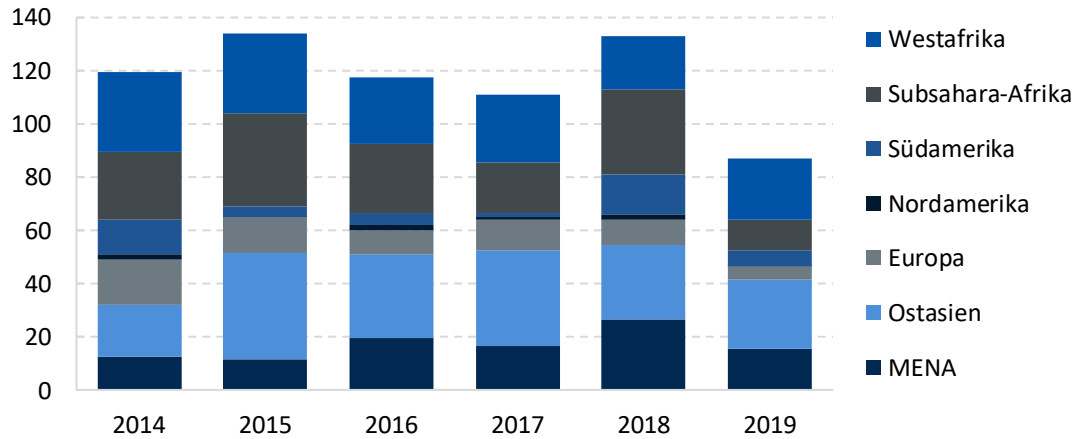
Die Neue Seidenstraße ist eine Initiative riesigen Ausmaßes. Es handelt es sich um kein geografisch oder inhaltlich geschlossenes Projekt, sondern vielmehr um ein grundsätzliches strategisches Vorhaben Chinas. Laut offiziellen Angaben Chinas hat das Land mittlerweile Kooperationsverträge mit 136 Ländern und 30 internationalen Organisationen geschlossen. Anders als oftmals angenommen, wird die Neue Seidenstraße jedoch nicht direkt vom chinesischen Staat finanziert. Die Kostenträger der Neuen Seidenstraße sind staatliche und private Unternehmen sowie die Länder, in denen die BRI-Projekte realisiert werden. Chinesische Staats- und Geschäftsbanken sowie multilaterale Förderbanken übernehmen die Rolle des Kreditgebers und unterstützen durch den Zugang zu ausländischen Devisen oder zu vergünstigten Krediten.

Das genaue Volumen der Neuen Seidenstraße lässt sich schwer bestimmen. So weisen die offiziellen Statistiken nicht explizit aus, inwiefern chinesische Auslandsinvestitionen im Rahmen der BRI-Initiative getätigt wurden. Schätzungen beziffern den bisherigen Wert auf rund 900 Mrd. US-Dollar (GTAI / DIHK, 2018). Eine Möglichkeit, das Ausmaß des Projektes differenzierter einzuordnen, bietet der China Global Investment Tracker (CGIT)-Datensatz des American Enterprise Institutes und der Heritage Foundation. Der Datensatz umfasst zum einen sämtliche chinesische Direktinvestitionen in den Teilnehmerländern der Neuen Seidenstraße seit 2005. Zum anderen werden zusätzlich chinesische Baukontrakte berücksichtigt (jeweils ab einem Projektvolumen von 100 Mio. US-Dollar). Während bei Direktinvestitionen chinesische Investoren Eigenkapital und damit Einfluss auf das Management eines Unternehmens übernehmen, werden bei Baukontrakten in der Regel lediglich Kredite von chinesischer Seite gewährt. In der Vergangenheit kam es jedoch des Öfteren zu einer nachträglichen Umwandlung von Krediten in Eigenkapital oder langfristige Konzessionsrechte, wenn die Kreditnehmer die Kredite nicht mehr bedienen konnten. Als Beispiel dient hier der Hambantota-Hafen auf Sri Lanka, welcher im Jahr 2008 mit einem Kredit der China Exim-Bank ausgebaut wurde. Als Folge von Zahlungsschwierigkeiten Sri Lankas, sicherte sich das Unternehmen China Merchants Port Holdings (CMPort) im Jahr 2017 die Betreiberrechte des Hafens für 99 Jahre (GTAI, 2019c).

Laut CGIT haben chinesische Akteure bis Ende des Jahres 2019 BRI-Projekte im Gesamtvolumen von rund 700 Mrd. US-Dollar in 70 Ländern initiiert. Hiervon entfallen ca. 40 Prozent auf Auslandsinvestitionen und rund 60 Prozent auf Baukontrakte. Die jährlichen BRI-Investitionen lagen zwischen 2014 und 2018 stets über 110 Mrd. US-Dollar. Für 2019 gibt der CGIT eine vorläufige Summe von knapp 90 Mrd. US-Dollar an (Abbildung 19).

Abbildung 19

Chinesische BRI-Investitionen nach Regionen, in Mrd. US-Dollar

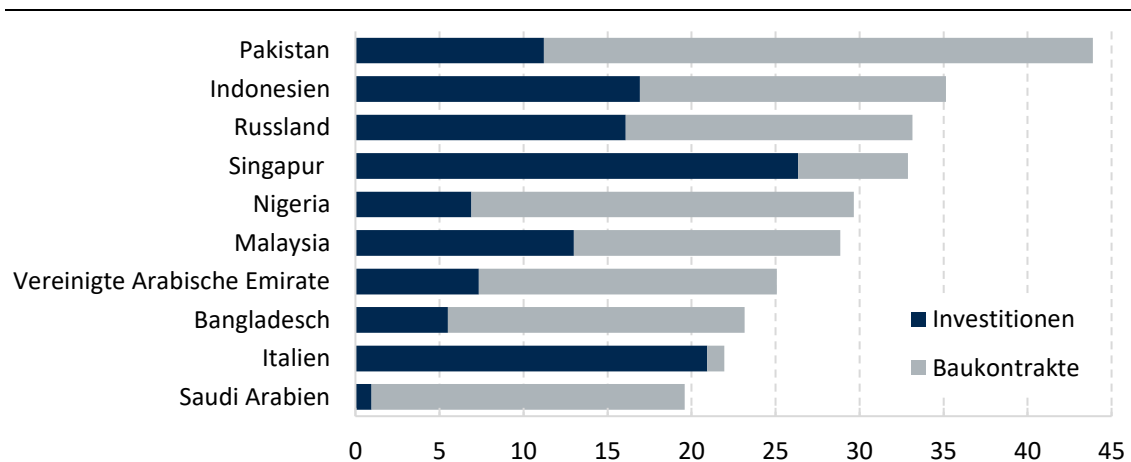


Quelle: China Global Investment Tracker 2020, eigene Berechnungen

Regional sind die BRI-Projekte insbesondere in Ostasien (26 Prozent), Westafrika (22 Prozent) und Subsahara-Afrika (21 Prozent) angesiedelt. Der größte Anteil der BRI-Investitionen floss dabei in Form von Baukontrakten nach Pakistan, Indonesien, Russland und Nigeria (Abbildung 20). Singapur und Italien sind die größten Empfänger chinesischer Auslandsinvestitionen mit BRI-Bezug.

Abbildung 20

Die 10 größten Empfängerländer chinesischer BRI-Investitionen, 2014 bis 2019, in Mrd. US-Dollar



Quelle: China Global Investment Tracker 2020, eigene Berechnungen

Die „Neue Seidenstraße“

Im Hinblick auf die sektorale Verteilung der BRI-Projekte zeigt sich, dass sowohl bei den Investitionen als auch bei den Baukontrakten der Großteil der Ausgaben auf die Bereiche Energie sowie Transport entfällt. Investitionen in die Industrie spielen kaum eine Rolle.

Insgesamt fließen auch in den kommenden Jahren sehr hohe Summen in die verschiedenen BRI-Projekte. Von den damit verbundenen Geschäftsmöglichkeiten können grundsätzlich auch heimische Unternehmen aus Deutschland und Bayern profitieren.

Auf der einen Seite bieten sich direkte Geschäftsmöglichkeiten über eine Beteiligung beim Ausbau der Infrastrukturvorhaben. Dies stellt sich jedoch in der Praxis auch aufgrund der in China herrschenden Governancepraktiken oftmals als schwierig dar. So wird aus westeuropäischer Sicht beklagt, dass Projektausschreibungen intransparent seien und ausländische Unternehmen nur über chinesische Geschäftspartner in Projekte einbezogen würden. Geschätzte 90 Prozent der chinesisch finanzierten (Bau-)Projekte werden von chinesischen Unternehmen durchgeführt (GTAI, 2019b). So wird der Vorwurf erhoben, die Neue Seidenstraße diene insbesondere dem Abbau chinesischer Überkapazitäten in den Bereichen Stahl, Beton und Bauwirtschaft. Eine Durchführung ohne chinesisches Kapital ist oft wegen der sehr hohen Projektbudgets nicht möglich. Aus deutscher Sicht bieten sich somit in erster Linie Geschäftsmöglichkeiten in Nischen, in denen das Gütesiegel „Made in Germany“ besondere Relevanz hat. Hierzu zählen beispielsweise Qualitätsmanagement, Ingenieurdienstleistungen, technische Zulieferungen sowie der Maschinen- und Anlagenbau.

Darüber hinaus ergeben sich indirekte Geschäftschancen durch positive Handelseffekte. So reduzieren die Infrastrukturvorhaben mittelfristig die Transportkosten. In der längeren Frist kann es darüber hinaus zu positiven Handelseffekten durch Wachstumsimpulse in den beteiligten BRI-Ländern kommen. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass sich die Wirtschaftsleistung und die daraus resultierende Relevanz für den deutschen und bayerischen Außenhandel zwischen den BRI-Ländern erheblich unterscheiden. Hinsichtlich der zu erwartenden Handelseffekte für heimische Unternehmen ist daher eine nach Absatzregionen differenzierte Einschätzung sinnvoll.

Aus Sicht Deutschlands und Bayerns lässt die Neue Seidenstraße vor allem Impulse im Handel mit China erwarten. So verbessern die Infrastrukturvorhaben der Neuen Seidenstraße insbesondere die Güterzugstrecke zwischen Europa und China. Gleichwohl dürften sich die positiven Effekte durch die sinkenden Transportkosten in engen Grenzen halten, da das über den Schienengüterverkehr abgewinkelte Handelsvolumen relativ zur Containerschiffsfahrt eine deutlich untergeordnete Rolle spielt. So prognostiziert der Internationale Eisenbahnverband (UIC) einen Anstieg im Transportvolumen des Schienengüterverkehrs zwischen China und Europa von etwa 145.000 Standardcontainern im Jahr 2016 auf bis zu 640.000 Standardcontainer im Jahr 2027. Im Vergleich: Im Jahr 2016 wurden allein im Hamburger Seehafen im Rahmen des Handels mit China 2,6 Millionen Standardcontainer umgeschlagen.

Einzelne Branchen und Unternehmen werden besonders vom Ausbau der Neuen Seidenstraße profitieren. Verglichen mit dem Transport per Containerschiff ist der

Die „Neue Seidenstraße“

Schienenverkehr doppelt so schnell, allerdings auch doppelt so teuer. Durch den Ausbau der Schienentrassen soll die Transportzeit zwischen dem Binnenhafen Nürnberg und den zentralchinesischen Städten Chengdu und Chongqing um bis zu drei Tage auf unter zwei Wochen verkürzt werden. Hiervon profitiert insbesondere der Handel mit Gütergruppen, deren Transport zeitkritisch ist. Zu nennen sind hier beispielsweise leicht verderbliche Güter, just in time-Vorleistungsgüter oder Güter mit hohen Stückkosten und somit gebundenem Betriebskapital.

Die Absatzmärkte entlang der Handelsrouten zu Land bieten häufig eher geringe wirtschaftliche Potenziale. Viele der Länder Zentral- und Westasiens weisen eine geringe Wirtschaftsleistung auf. Auch bei starkem Wirtschaftswachstum ist nicht davon auszugehen, dass Afghanistan, Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Kirgisistan, Tadschikistan oder Turkmenistan künftig volkswirtschaftlich relevante Absatzmärkte darstellen. Anders verhält es sich mit bevölkerungsreichen Ländern entlang des geplanten südlichen Schienenverkehrskorridors, wie der Türkei oder Iran. Hier können der verbesserte Verkehrsweg und die Wachstumsimpulse die Exportrelevanz zukünftig deutlich erhöhen. Darüber hinaus kann der Ausbau von Produktionsstätten in aufstrebenden Ländern Geschäftschancen bieten. Gleiches gilt für Bezugsmärkte für Rohstoffe und Vorleistungsgüter.

Der Ausbau der maritimen Seidenstraße bietet für deutsche Unternehmen insbesondere langfristig interessante Geschäftsmöglichkeiten. Einerseits kommt es aufgrund der niedrigen Lohnkosten in vielen Ländern Ostafrikas sowie Süd- und Südostasiens zu einem Ausbau der industriellen Produktionskapazitäten, was den Bedarf an Maschinen und Anlagen erhöht. So treiben chinesische Unternehmen den Ausbau der ägyptischen Textilindustrie voran (GTAI, 2019b). Andererseits weisen einige Länder entlang der maritimen Seidenstraße hohe Wachstumsraten im Hinblick auf Bevölkerung und Wirtschaftskraft auf. Als Beispiel für diese künftig dynamisch wachsenden Absatzmärkte sind hier Indien, Indonesien, die Philippinen, Vietnam oder Malaysia zu nennen.

Die Neue Seidenstraße ist nicht nur mit Chancen, sondern auch mit Risiken für deutsche und bayerische Unternehmen verbunden. Durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sichert sich China auch eine stärkere Kontrolle über internationale Logistikketten. Dies stellt nicht nur einen Wettbewerbsvorteil für China dar. Es beinhaltet auch das Risiko für deutsche Unternehmen, dass der Zugang zu den Handelsrouten der Neuen Seidenstraße diskriminierend gestaltet wird. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich Unternehmen in den beteiligten BRI-Ländern zunehmend in Richtung China orientieren. So dürfte die starke Präsenz chinesischer Unternehmen in den BRI-Ländern auch zukünftige chinesische Geschäftstätigkeiten dort fördern. Darüber hinaus verbreiten sich durch den Infrastrukturausbau chinesische Standards und Technologien, was die Geschäftstätigkeit deutscher und bayerischer Unternehmen erschwert. Dies betrifft auch zunehmend den europäischen Wirtschaftsraum. Denn neben der bestehenden 16+1-Kooperation Chinas mit Osteuropa, ist seit dem März 2019 mit Italien auch die erste große EU-Volkswirtschaft Mitglied der BRI.

7 Gegenüberstellung der Chancen und Risiken

China bleibt für die heimischen Unternehmen sehr attraktiv. Nach wie vor gibt es aber Stolperfallen, ein „level playing field“ existiert (noch) nicht.

Auf den ersten Blick zeigt sich im Hinblick auf die Investitionen und den Außenhandel ein sehr positives Bild der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China sowie Deutschland und Bayern. Sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr von Waren nach und aus China haben sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Zudem ist aus deutscher und noch stärker aus bayerischer Perspektive die Bedeutung Chinas als Investitionsziel in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestiegen. Auch aus Sicht Chinas ist Deutschland als Ziel von ausländischen Direktinvestitionen wichtiger geworden, jedoch ausgehend von einem niedrigen Niveau. Derzeit entfallen 0,7 Prozent der chinesischen Direktinvestitionsbestände auf Deutschland. Für die letzten beiden Jahren zeigen die Zahlen, dass sich die Dynamik bei den wirtschaftlichen Austauschbeziehungen insbesondere im Hinblick auf die Investitionen abgeschwächt hat.

Auch die **Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen** haben sich durchaus gebessert. Bisher behinderten Investitionsverbote in bestimmten Branchen, Beteiligungs-obergrenzen, der Zwang zu Gemeinschaftsunternehmen oder erzwungene Technologietransfers häufig die Investitionstätigkeit in China. Das in diesem Jahr in Kraft tretende neue Gesetz über ausländische Investitionen FIL ersetzt die bisherigen Bestimmungen. Es hat zum Ziel, erstmals ein für alle Investitionsvehikel einheitliches Gesetz in China zu schaffen und somit den chinesischen Markt für ausländische Investoren attraktiver und transparenter zu machen. Damit wird die chinesische Wirtschaft tatsächlich offener für ausländische Direktinvestitionen. Das FIL sorgt für einen besseren Schutz vor behördlicher Willkür und eine langsame Angleichung der Rahmenbedingungen für ausländische und inländische Unternehmen. Im Verhältnis zu deutschen Einschränkungen ausländischer Direktinvestitionen bleiben aber deutlich strengere Einschränkungen für viele Marktbereiche bestehen. Dazu kommen häufig Unsicherheiten bei der konkreten Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen vor Ort – oft gibt es einen spürbaren Unterschied zwischen „Papier und Praxis“. Ein „level playing field“ zwischen deutschen Investoren in China und chinesischen Investoren in Deutschland ist damit auch auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Heimische **Unternehmen, die gerne in China investieren würden, müssen daher häufig nach wie vor abwägen**: Verzichte ich auf eine Investitionstätigkeit in diesem sehr großen, attraktiven Wachstumsmarkt? Oder nehme ich die damit verbundenen Probleme und Risiken in Kauf? So können die sogenannten Negativlisten nach wie vor zusätzliche Auflagen mit sich bringen. Zudem bleibt die rechtliche Unsicherheit trotz der Verbesserungen durch das FIL vergleichsweise hoch. Des Weiteren bedeutet das Corporate Social Credit System gerade für kleinere Unternehmen einen spürbaren bürokratischen Mehraufwand.

Bereits seit vielen Jahren stellt China jedoch nicht mehr nur das Ziel von Direktinvestitionen dar. Mittlerweile gehören chinesische Unternehmen zu den wichtigsten Investoren

weltweit. Auch die chinesischen FDI-Flüsse nach Deutschland legten sehr dynamisch zu. Bayern und Deutschland stehen zudem – als hochentwickelte Volkswirtschaften, die über zukunftssträchtige Schlüsseltechnologien verfügen – im Fokus der Going-Global-Strategie, womit die chinesische Regierung Direktinvestitionen chinesischer Unternehmen fördert.

Die **Investitionstätigkeit Chinas in Deutschland und Bayern** hat bis 2016 tatsächlich sehr dynamisch zugelegt. Die jüngsten Rückgänge begründen sich zum einen in neuen gesetzlichen Vorgaben der chinesischen Regierung, die darauf abzielen, chinesische Auslandsinvestitionen in bestimmten Bereichen zu verhindern, die als „frivol“ eingestuft wurden (wie etwa Luxusimmobilien, Sportklubs oder Filmprojekte). Zum anderen wurden auch von europäischer bzw. deutscher Seite die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen aus China etwas verschärft. Denn chinesische Übernahmen von deutschen Firmen werden mit mehr Sorge betrachtet als früher. Mit der Investitionsprüfung steht der deutschen Politik mittlerweile ein Werkzeug zur Verfügung, Übernahmen in strategisch wichtigen Bereichen einzuschränken.

Die Analyse zeigt, dass chinesische Investoren in Deutschland und Bayern vor allem an Beteiligungen oder Übernahmen von Unternehmen aus Industriebranchen interessiert sind, in denen Deutschland und Bayern technologisch führend sind. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Maschinenbau, Automobilindustrie, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Chemie und Pharma. Ein großer Teil der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland entfällt damit auf die in der „Made in China 2025“-Strategie festgelegten „Schlüsselindustrien“, in denen die chinesische Volkswirtschaft möglichst rasch technologisch zu den entwickelten Ländern aufschließen will.

Eine Beteiligung oder eine Übernahme durch chinesische Investoren kann für die betroffenen deutschen und bayerischen Unternehmen mit einer Reihe von **Chancen** verbunden sein. So kann ein starker einheimischer Partner wertvolle Hilfestellung beim Markteintritt oder der weiteren Markterschließung des riesigen chinesischen Markts geben. Zudem könnten die Investoren neue technologische und kulturelle Kompetenzen und Fähigkeiten in das Unternehmen transportieren. So gelten deutsche und bayerische Unternehmen häufig als sehr gut darin, technologisch anspruchsvolle und innovative, aber hochpreisige Produkte zu entwickeln. Chinesische Unternehmen sind in der Tendenz erfolgreicher darin, Produkte in großer Stückzahl zu relativ niedrigen Preisen anzubieten. Auch bei der Erschließung neuer Märkte in weniger entwickelten Volkswirtschaften etwa in Afrika ist das Know-how chinesischer Akteure oft größer als das von deutschen und bayerischen Unternehmen.

Mit dem Einstieg von chinesischen Investoren können auch **Hindernisse und Risiken** verbunden sein. So sind die Management-Kulturen in China und Deutschland in zahlreichen Aspekten sehr unterschiedlich, was eine vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den neuen (Anteils-)Eignern erschweren könnte. Zudem könnte es tatsächlich vorkommen, dass technologische Expertise aus Deutschland und Bayern abgezogen und nach China verlagert wird. Auch die teils unklaren Eigentumsverhältnisse bei den chinesischen Investoren können zu Unsicherheiten führen.

Gegenüberstellung der Chancen und Risiken

Auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive sind chinesische Direktinvestitionen mit Chancen und Risiken verbunden. Der heimische Standort profitiert davon, wenn neue chinesische Anteilseigner ihr Know-how in die heimischen Unternehmen einbringen und so zusätzliche Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Bayern schaffen. Andererseits besteht auch hier die Gefahr des ungewollten Technologietransfers. Teilweise wird zudem befürchtet, dass sich der chinesische Staat durch eine steigende Investitionstätigkeit chinesischer Unternehmen indirekt Einfluss auf die deutsche Wirtschaftspolitik sichern könnte.

Grundsätzlich überwiegen sowohl aus unternehmerischer als auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Vorteile einer engeren außenwirtschaftlichen Verflechtung zwischen China, Deutschland und Bayern. Von einer stärkeren wirtschaftlichen Abschottung würde keine Seite profitieren. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass Deutschland und Bayern eine vergleichsweise große Offenheit für ausländische Direktinvestitionen – auch aus China – beibehalten werden.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schwierigkeiten und Konflikte bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen künftig zunehmen dürften. China war bereits in den letzten Jahren immer schon beides, Partner und Konkurrent. Vor dem Hintergrund des technologischen Aufholprozesses der chinesischen Unternehmen ist zu erwarten, dass das Konkurrenzverhältnis in vielen Produktsegmenten künftig noch intensiver wird. Die gewachsenen geopolitischen Ambitionen Chinas sorgen dafür, dass es auch in diesem Bereich mehr Auseinandersetzungen geben könnte. So könnte China versuchen, die Länder der Neuen Seidenstraße stärker an sich zu binden. Unternehmen aus Deutschland könnten so ggf. einen schwierigeren Zugang zu stark wachsenden Absatzmärkten haben als ihre chinesischen Wettbewerber.

Das wachsende weltwirtschaftliche und geopolitische Gewicht Chinas macht es künftig nicht einfacher, den Interessen der deutschen und bayerischen Unternehmen Gehör zu verschaffen und das Ziel eines „level playing fields“ zu erreichen. Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund die europäische Ebene: Nur mit vereinter Stimme hat Europa das erforderliche Gewicht und die Größe, um auf Augenhöhe mit China verhandeln zu können.

Anhang

Tabelle 1

Negativlisten für ausländische Direktinvestitionen (Teil 1)

Sektor	Bereich	Negativliste für FDI allgemein	Negativliste für FDI in Freihandelszonen
Landwirtschaft	Saatgut	Beschränkung von Züchtung und Produktion von Saatgut neuer Weizen-und Maissorten.	
		Verbot von Investitionen in FuE sowie Züchtung und Pflanzung seltener Sorten.	
		Verbot von Investitionen in Saatgutauslese verschiedener Pflanzen.	
	Fischerei	Verbot von Investitionen in Fischereierzeugnisse aus chin. Gewässern.	-
Bergbau	Bergbau	Verbot von Erkundung und Abbau seltener Erden, radioaktiver Materialien und Wolfram	
Verarbeitendes Gewerbe	Druck	Chinesische Kontrolle des Drucks von Publikationen.	-
	Chinesische Medizin	Verbot von Investitionen in traditionelle Verarbeitungstechniken.	-
	Fahrzeugbau	Beschränkung von ausländischen Anteilen an Unternehmen im Fahrzeugbau (wird 2020 aufgehoben), Joint Ventures sind eingeschränkt erlaubt (wird 2022 weiter gelockert).	
	Kommunik.-geräte	Einschränkung der Herstellung von Bodenempfangsanlagen.	
Energieversorgung	Kernkraft	Chinesische Kontrolle von Bau und Betrieb von Kernkraftwerken.	
Groß- und Einzelhandel	Tabak	Verbot von Investitionen in Tabakhandel.	

Tabelle 1

Negativlisten für ausländische Direktinvestitionen (Teil 2)

Sektor	Bereich	Negativliste für FDI allgemein	Negativliste für FDI in Freihandelszonen
Transport, Lager, Post	Schiffsverkehr	Chinesische Kontrolle von Unternehmen im Wassertransport.	
	Luftfahrt	Chinesische/Beschränkte Kontrolle von Luftfahrtunternehmen. Beschränkungen bei verbundenen Unternehmen.	
	Luftfahrt	Chinesische Kontrolle von Bau und Betrieb ziviler Flughäfen, Einschränkung ausländischer Arbeiten.	
	Postbranche	Verbot von Investitionen in Post und Versand.	
IT Dienstleistungen	Telekommunikation	Beteiligungsbeschränkungen bei Telekommunikation. Chinesische Kontrolle der Industrie.	
	Internet	Verbot von Investitionen in Informations- und Kulturdienstleistungen im Internet.	
Kommerzielle Dienstleistungen	Recht	Verbot von Investments in Rechtsangelegenheiten und Partnerschaften in Anwaltskanzleien.	
	Beratung und Prüfung	Beschränkung von Marktforschung.	
		Verbot, in NGOs zu investieren.	
Wissenschaft und Technologie	Forschung und Entwicklung	Verbot von Investment in Stammzellentechnologie und in genetische Diagnose und Behandlung.	
		Verbot, in geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute zu investieren.	
	Technische Dienste	Verbot von Investitionen in geografische Vermessungen jeglicher Art (Betrifft nicht Minenaktivitäten).	
Bildung	Bildung	Starke Beschränkung der Finanzierung von Bildungseinrichtungen.	
		Verbot von Investitionen in verpflichtende und religiöse Bildungseinrichtungen.	

Tabelle 1

Negativlisten für ausländische Direktinvestitionen (Teil 3)

Sektor	Bereich	Negativliste für FDI allgemein	Negativliste für FDI in Freihandelszonen
Gesundheit	Gesundheit	Beschränkung von Investitionen in medizinische Einrichtungen.	
Kultur, Sport, Unterhaltung	Presse und Publikationen	Verbot von Investitionen in Nachrichtenagenturen.	
		Verbot von Investitionen in Bücher und Zeitschriften.	
	Radio und Fernsehen	Verbot von Investitionen in Rundfunk und Fernsehen sowie in Video-On-Demand Diensten.	
		Verbot von Investitionen in die Produktion und den Betrieb von Rundfunk- und Fernsehprogrammen.	
	Film	Verbot von Investitionen in Filmproduktionsfirmen, Verleihfirmen, Kinos und Filmimportgeschäften.	
	Kulturgüter	Verbot von Investitionen in Geschäfte, die sich an der Versteigerung von Kulturgütern beteiligen.	
	Unterhaltung	Verbot von Investitionen in künstlerische Gruppen.	Chinesische Kontrolle von künstlerischen Gruppen.

Quelle: European Union Chamber of Commerce in China (2020)

Tabelle 2

Chinesische FDI in Deutschland, 2014, Wert in Millionen US-Dollar

Investor	Zielunternehmen	Branche	Wert	Jahr	Form
Fosun	BHF Bank	Finanzwesen	559	2014	k. A.
Goodbaby	Cybex	Einzelhandel	89	2014	Übernahme
Shunfeng Photovoltaic	SAG Solarstrom	Energie- und Umwelttechnik	166	2014	Übernahme
Zhongding Sealing Parts	KACO	Automobil	70	2014	Übernahme
AVIC	Hilite	Automobil	514	2014	Übernahme
Zhuzhou Times New Material	Boge Elastmetall	Automobil	342	2014	Übernahme
Zoomlion	M-Tec	Maschinenbau	45	2014	k. A.
Masterwork Machinery	Heidelberger Druck (Postpress Packaging Sparte)	Maschinenbau	19	2014	Übernahme
Goodbaby	Columbus	Konsumgüter	77	2014	Übernahme
Fosun	Tom Tailor	Textilien	96	2014	Anteil (23%)
Puren	Lübeck Airport	Transport	k. A.	2014	Übernahme
Shang Gong	Dürkopp Adler	Maschinenbau	14	2014	Anteil (29%)
Meikai	Schumag	Maschinenbau	3	2014	Anteil (48%)
New World China Land	Penta Hotel	Tourismus	15	2014	Übernahme
AVIC	Kokinetics	Automobil	k. A.	2014	Übernahme

Tabelle 3

Chinesische FDI in Deutschland, 2015, Wert in Millionen US-Dollar

Investor	Zielunternehmen	Branche	Wert in USD	Jahr	Form
Zhongding Sealing Parts	WEGU	Automobil	103	2015	Übernahme
China Fire Safety	Ziegler	Automobil	152	2015	Anteil (40%)
Joyson Electronics	Quin	Automobil	98	2015	Übernahme
Fosun	Hauck & Aufhäuser	Finanzwesen	285	2015	Übernahme
SGSB	Stoll	Maschinenbau	118	2015	Anteil (26%)
Fosun	KTG Agrar	Maschinenbau	108	2015	gescheitert
Grand Pharma and Healthcare	Cardionovum	Pharma, Biotech	74	2015	Übernahme
Hainan Shuangcheng	Lyomark Pharma, Bendalis	Pharma, Biotech	30	2015	Übernahme
Donghai Securities	High Tech Gründerfonds	Risikokapital	326	2015	k. A.
Joyson Electronics	IMA Automation	Automobil	20	2015	Übernahme
Genting Hong Kong	Lloyd Werft Bremerhaven	Transport	20	2015	Übernahme
Xiamen	Medisana	Pharma, Biotech	28	2015	k. A.
Foxit Software	Lura Tech Imaging	IKT	4	2015	Übernahme
Sedant	Apt Hiller	Maschinenbau	k. A.	2015	Übernahme

Tabelle 4

Chinesische FDI in Deutschland, 2016, Wert in Millionen US-Dollar

Investor	Zielunternehmen	Branche	Wert in USD	Jahr	Form
Kingenta	Compo Consumer	Konsumgüter	143	2016	Übernahme
Shanghai Electric	Manz	Maschinenbau	111	2016	Anteil (30%)
Zhongding Sealing Parts	AMK	Automobil	160	2016	Übernahme
Youzu Interactive	Bigpoint	IKT	87	2016	Übernahme
Joyson Electronics	Technisat Digital	Automobil	256	2016	Übernahme
Chengdu Techcent	Bilfinger Water Technology	Energie- und Umwelttechnik	242	2016	Übernahme
Spearhead	Smaato	IKT	147	2016	Übernahme
Genting Hongkong	Nordic Yards Shipyards	Transport	250	2016	Übernahme
Shenyang Blue Silver	Dürr Reinigung	Maschinenbau	130	2016	Übernahme
China Three Gorges	WindMW	Energie- und Umwelttechnik	1.847	2016	Übernahme
Beijing Enterprises	EEW Energy	Energie- und Umwelttechnik	1.732	2016	Übernahme
Midea	Kuka	Maschinenbau	5.070	2016	Übernahme
IDG Capital	Osram	Elektronik	400	2016	Übernahme
ChemChina	KraussMaffei	Maschinenbau	1.100	2016	Übernahme
Fujian Grand Chip	Aixtron	Maschinenbau	728	2016	Übernahme
Guangzhou Pearl River	Schimmel	Konsumgüter	26	2016	Übernahme
DEA General Aviation	Göbler Hirthmotoren	Maschinenbau	5	2016	Übernahme

Tabelle 5

Chinesische FDI in Deutschland, 2017, Wert in Millionen US-Dollar

Investor	Zielunternehmen	Branche	Wert in USD	Jahr	Form
Creat	Biotest	Pharma, Biotech	1.410	2017	Übernahme
Zhengzhou Coal Mining	Robert Bosch Starter Motors Generators	Automobil	585	2017	Übernahme
Cheung Kong	Ista	Energie- und Umwelttechnik	6.200	2017	Übernahme
HNA	Deutsche Bank	Finanzwesen	3.310	2017	Anteil (10%)
Fuxin Dare Automotive	Carcoustics International	Automobil	271	2017	Übernahme
Changsha Truking	Romaco	Pharma, Biotech	109	2017	Übernahme
BD Star Navigation	in-tech	Automobil	86	2017	Übernahme
Bohai Automotive	Trimet Automotive	Materialien	72	2017	Joint Venture
Shenhua	Manz CIGS	Energie- und Umwelttechnik	54	2017	Übernahme

Tabelle 6

Chinesische FDI in Deutschland, 2018 bis 2019, Wert in Millionen US-Dollar

Investor	Zielunternehmen	Branche	Wert in USD	Jahr	Form
Fosun	Tom Tailor Holding	Konsumgüter	56	2019	Übernahme
Huazhu Hotels	Deutsche Hospitality	Tourismus	780	2019	Übernahme
Contemporary Amperex	CATL Europe Thüringen	FuE	1.960	2019	Greenfield
Zhejiang Hailiang	KME European Brass Rods	Materialien	136	2019	Übernahme
Alibaba	Data Artisans	High Tech	103	2019	Übernahme
Fuyao Glass	SAM Automotive	Materialien	67	2019	Übernahme
Masterwork Machinery	Heidelberger Druckmaschinen	Maschinenbau	75	2019	Anteil (9%)
Ningbo Jihong	Grammer	Automobil	800	2018	Übernahme
Geely	Daimler	Automobil	8.000	2018	Anteil (9%)

Quellen für die Tabellen 2 bis 6: EY: Chinesische Unternehmenskäufe in Europa Januar 2017/Januar 2018/Februar 2019/August 2019; Bertelsmann Stiftung: Chance und Herausforderung - Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland, 2016.

Ansprechpartner / Impressum

Janina Steinle

Abteilung Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

Telefax 089-551 78-91482

janina.steinle@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

Weiterer Beteiligter

Dr. Michael Böhmer

089 95 41 586-701

michael.boehmer@prognos.com

Johann Weiß

089 95 41 586-705

johann.Weiss@prognos.com